



Nr. 302 | 03.07.2024

Ukraine-Analysen

- Beziehungen zu Ungarn
- Beziehungen zu Rumänien
- Beziehungen zu Moldau
- Beziehungen zu Belarus

■ ANALYSE	
Freund oder Feind? Die ukrainisch-ungarischen Beziehungen nach der russischen Vollinvasion	2
Dmytro Tuschanskyj (Institute for Central European Strategy, Uschhorod)	
■ ANALYSE	
Die Ukraine und Rumänien: Partnerschaftliche Beziehungen statt historischer Spannungen	6
Sergij Gerasymtschuk (Rat für Außenpolitik »Ukrainian Prism«)	
■ ANALYSE	
Die Ukraine und Moldau: Enge Nachbarschaft mit versteckten Problemen	9
Sergij Sidorenko (Jewropejska Prawda, Kyjiw)	
■ ANALYSE	
Die ukrainisch-belarusischen Beziehungen im Kontext des russisch-ukrainischen Krieges	13
Pawlo Rad (Rat für Außenpolitik »Ukrainian Prism«)	
■ STATISTIK	
Handel der Ukraine mit ihren Nachbarländern	15
■ UMFRAGEN	
Die Einstellung der ukrainischen Bevölkerung zu den Nachbarländern	18
<hr/>	
■ CHRONIK	
01. – 18. Juni 2024	24

Freund oder Feind? Die ukrainisch-ungarischen Beziehungen nach der russischen Vollinvasion

Dmytro Tuschanskyj (Institute for Central European Strategy, Uschhorod)

DOI: 10.31205/UA.302.01

Zusammenfassung

Seit 2017 kriselt es in den ukrainisch-ungarischen Beziehungen. Die diplomatischen Spannungen zwischen Kyjiw und Budapest setzten mit der Frage um die Rechte der ungarischen Minderheit in der Ukraine ein, haben sich aber nie nur auf diese Frage beschränkt. Die Rechte der ungarischen Minderheit scheinen außerdem eher ein Vorwand als eine Ursache zu sein. Jedes Mal, wenn die ukrainisch-ungarischen Beziehungen einen neuen Tiefpunkt erreichten, folgten weitere Eskalationen, die die Beziehungen abermals verschlechterten, wodurch sich die Krise weiter verschärfte. Die westliche Unterstützung der Ukraine gegen die russische Aggression und der Beginn des EU-Beitrittsprozesses haben jedoch die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass sich die ukrainisch-ungarischen Beziehungen normalisieren könnten. In diesem Artikel werden die wichtigsten Entwicklungen der ukrainisch-ungarischen Beziehungen seit Herbst 2021 analysiert.

Die Illusion einer Normalisierung vor der russischen Invasion

Während Wladimir Putin 2021 den Einmarsch in die Ukraine vorbereitete, schienen die ukrainisch-ungarischen Beziehungen – überraschenderweise nach Jahren der Spannungen – in eine Phase der Normalisierung einzutreten. Kyjiw und Budapest schienen kurz vor einem Kompromiss in der umstrittenen Frage der Bildung für die ungarische Minderheit zu stehen. Genau dieses Thema war der Auslöser für die ukrainisch-ungarischen Verstimmungen im September 2017, als die Ukraine ein neues Bildungsgesetz verabschiedete, das seither von ungarischer Seite kritisiert wird.

In den ersten neun Monaten des Jahres 2021 fanden drei Sitzungen der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe für Bildung statt. Die Außenminister Dmytro Kuleba und Péter Szijjártó reisten (trotz der fehlenden »Chemie« zwischen ihnen) gemeinsam in den Donbas und riefen zum Frieden auf. Die Regierungen beider Länder bereiteten die Wiederaufnahme der zwischenstaatlichen Kommission für nationale Minderheitenrechte vor, die seit fast 10 Jahren nicht mehr getagt hatte. Hintergrund war, dass 2022 die – im ukrainischen Bildungsgesetz von 2017 – vorgesehene fünfjährige Übergangszeit auslief und es wichtig war, herauszufinden, wie die ethnischen Ungarn in Transkarpatien, wo etwa 100.000 von ihnen leben, ausgebildet werden sollten. Zweitens waren beide Seiten erschöpft von den vorangegangenen Jahren der Konfrontation, und suchten in diesem Moment eine Deeskalation: Viktor Orbán befand sich mitten im innenpolitischen Wahlkampf, den er unter dem Motto »Schutz der ungarischen Familien und Kinder vor LGBTQ+« führte, während Wolodymyr Selenskyjs Priorität auf der militärischen und diplomatischen Eskalation Russlands lag.

Drittens gelangte das Bildungsportfolio plötzlich in die Hände entpolitisiertter und professionalisierter

Kreise auf beiden Seiten. Viertens übten internationale Partner, vor allem über die NATO, Druck auf Ungarn aus, die Beziehungen zur Ukraine endlich zu normalisieren, während Russland mit der Vorbereitung seiner Invasion und der Erpressung des Westens beschäftigt war, anstatt die ukrainisch-ungarischen Spannungen weiter zu schüren. Die Normalisierung der ukrainisch-ungarischen Beziehungen endete jedoch, wie schon so oft, in einer erneuten Eskalation.

Am 27. September 2021 unterzeichnete Ungarn in Budapest einen neuen 15-jährigen Liefervertrag mit Gazprom. Dem Vertrag nach sollte Ungarn jährlich 4,5 Milliarden Kubikmeter Gas aus Russland erhalten, was etwa der Hälfte des Gesamtbedarfs des Landes entspricht. Das Gas sollte nun allerdings nicht wie bisher über die Ukraine (die finanziell vom Gastransit profitierte) nach Ungarn fließen, sondern unter Umgehung der Ukraine über Österreich und vor allem Serbien, als Fortsetzung von TurkStream. Aus heutiger Perspektive sind die Motive Russlands mehr als offensichtlich.

Ungarn unterzeichnete diesen Vertrag zwei Tage vor der geplanten Sitzung der ukrainisch-ungarischen Regierungskommission für wirtschaftliche Zusammenarbeit unter dem Vorsitz der Außenminister Péter Szijjártó und Dmytro Kuleba. Es war vorhersehbar, dass die ukrainische Seite, die zu diesem Zeitpunkt von ihren westlichen Partnern bereits gewarnt worden war, sie solle schon einmal »Schützengräben ausgraben«, eine Demarche ankündigte und die Europäische Kommission aufforderte, den ungarischen Vertrag mit Gazprom zu überprüfen.

Russland nutzte die Gunst der Stunde und führte zwischen September und Dezember 2021 gleich mehrere hybride Operationen in der Ukraine und in Ungarn durch. Der entscheidende Unterschied zu früher war, dass Russland dieses Mal nicht mehr Themen wie Min-

derheitenrechte oder Separatismus zur Destabilisierung aufgriff, sondern das Szenario einer militärischen Konfrontation zwischen der Ukraine und Ungarn aus ethnischen Gründen provozierte. Also genau das Thema, das Russland sowohl 2014 als auch 2022 als Deckmantel für seine Aggression gegen die Ukraine nutzte.

Die russischen Kampagnen, die zwischen September und Dezember 2021 sowohl im ukrainischen als auch im ungarischen Informationsraum stattfanden, basierten auf zwei Narrativen:

1. Die Ukraine will versuchen, sich an Ungarn für den neuen Gasdeal mit Gazprom zu rächen, indem sie Druck auf die ungarische Gemeinschaft in Transkarpatien ausübt, bis hin zu »ethnischen Säuberungen«
 2. Ungarn hat beschlossen, seine Truppen aus dem Westen in den Osten des Landes an die Grenze zur Ukraine zu verlegen und ist bereit, zum Schutz der ungarischen Minderheit in Transkarpatien Spezialkräfte einzusetzen
- Die Lage wurde dadurch angeheizt, dass Wladimir Putin am 18. November Péter Szijjártó mit dem Orden der Freundschaft auszeichnete und Viktor Orbán am 1. Februar 2022 nach Moskau reiste, um sich mit Wladimir Putin zu treffen.

So erreichten die ukrainisch-ungarischen Beziehungen am Vorabend der russischen Vollinvasion einen neuen Tiefpunkt – doch dieser sollte noch weiter sinken.

Russlands Desinformationskampagne wirkt: Die Ukraine befürchtet eine Invasion aus dem Westen

Noch bevor russische Truppen in der Nacht zum 24. Februar 2022 die ukrainische Grenze überschritten, kam es zu einer weiteren Eskalation in den ukrainisch-ungarischen Beziehungen. Auslöser war am 22. Februar 2022 die Erklärung des ungarischen Verteidigungsministers Tibor Benkő über die tatsächliche Verlegung ungarischer Truppen an die Grenze zur Ukraine, nachdem Putin die Unabhängigkeit der »Volksrepubliken« Luhansk und Donezk anerkannt hatte.

In der Ukraine wurde diese Nachricht von vielen als Vorbereitung Ungarns auf eine Militäroperation gegen die Ukraine wahrgenommen, insbesondere eine Intervention in Transkarpatien – so wie es die russische Propaganda seit Jahren und insbesondere im Vorfeld der Invasion erklärt hatte.

Darüber hinaus wurden am Tag der Vollinvasion am 24. Februar Fake-News über anonyme Telegram-Kanäle und soziale Medien verbreitet, dass einige ungarischsprachige Gemeinden im Bezirk Berehowe in der Region Transkarpatien ein Referendum über den Beitritt zu Ungarn abhalten wollen. Diese Desinformationen wurden vom Vorsitzenden der Ungarischen Demokratischen Union der Ukraine, László Zubánics, widerlegt. Auch der internationale Sprecher der ungarischen Regierung, Zoltán Kovács, wies diese Meldungen am 25. Februar zurück und bezeich-

nete sie als Provokation. Es gab und gibt keine faktischen Beweise für Versuche, ein solches Referendum abzuhalten, und die ungarische Gemeinschaft in der Ukraine und der Region Transkarpatien sowie die Regionalverwaltung betonten, dass nichts dergleichen geplant gewesen sei.

Zwischen Eskalation und der Illusion einer vermeintlichen neuen Entspannungspolitik

Obwohl es viele Spekulationen über diesen Plan gab, war der ungarische Premierminister zur damaligen Zeit mit anderen Dingen beschäftigt. In Ungarn fanden Parlamentswahlen statt, und zum Zeitpunkt der russischen Invasion war der Wahlkampf in vollem Gange. Dabei waren Orbán und sein Team sich ihres Sieges nicht hundertprozentig sicher.

Noch vor dem ungarischen Urnengang am 3. April verabschiedete die EU vier Sanktionspakete gegen Russland, und Ungarn unterstützte sie alle. Viktor Orbán und sein Team erklärten jedoch, dass sie keine Waffenlieferungen für die Ukraine über ungarisches Hoheitsgebiet zulassen würden, da dies »Ungarn in den Krieg hineinziehen würde«.

Am Vorabend der Wahl wandte sich Wolodymyr Selenskyj zweimal an Orbán und kritisierte ihn für seine Unterstützung Russlands sowie die mangelnde Bereitschaft, der Ukraine zu helfen. Als Reaktion darauf beschuldigten Szijjártó und Orbán die Ukraine der Einmischung in die bevorstehenden Wahlen[1]. Dies sind nur einige von vielen weiteren Episoden gegenseitiger politischer Anschuldigungen in dieser Zeit[2].

Unter diesen Bedingungen war es schwer vorstellbar, dass Ungarn im Juni 2022 die Gewährung des Kandidatenstatus für die Ukraine unterstützen würde. Aber letztlich tat Viktor Orbán genau das, der ungarischen Logik folgend.

Nachdem die Europäische Kommission am 17. Juni 2022 die Empfehlung ausgesprochen hatte, der Ukraine den EU-Kandidatenstatus zu verleihen, kam der Europäische Rat dieser Empfehlung am 23. Juni nach. Bereits am 21. Juni wurde nach einem Telefongespräch zwischen Selenskyj und Orbán jedoch klar, dass Ungarn kein Veto einlegen würde.

Zusammen mit dem Kandidatenstatus erhielt die Ukraine eine Liste von »Hausaufgaben« mit 7 Reformbedingungen. Wie erwartet, war eine der sieben Forderungen, den Rechtsrahmen für nationale Minderheiten gemäß den Empfehlungen der Venedig-Kommission zu ändern und sofortige und wirksame Umsetzungsmechanismen zu beschließen. Auf diese Weise konnte Orbán weiterhin seinen Einfluss geltend machen.

Bis Ende 2022 herrschte eine relative Ruhe in den ukrainisch-ungarischen Beziehungen, und sogar die Illusion eines neuen »Tauwetters« kaum auf. Allerdings hatten weder die ukrainische noch die ungarische Seite den Wunsch, die Beziehungen wirklich zu normalisieren, und es herrschte Funkstille. Orbán wartete gedul-

dig und behielt sein Druckmittel bei, während Selenskyj sich mit der ukrainischen Gegenoffensive beschäftigte.

Zu einer erneuten Eskalation kam es Anfang 2023, als Ungarn versuchte, neun russische Oligarchen von der EU-Sanktionsliste streichen zu lassen[3], und Viktor Orbán die Ukraine als »Niemandland« und »neues Afghanistan« bezeichnete[4]. Darüber hinaus kam es im Juni 2023 zu weiteren Spannungen zwischen Kyjiw und Budapest, als bekannt wurde, dass Russland unter dem Deckmantel des »überkonfessionellen Dialogs« elf ukrainische Kriegsgefangene mit angeblich ungarischer Herkunft an Ungarn übergeben hatte[5]. Dies geschah ohne jegliche Beteiligung und ohne Benachrichtigung der Ukraine.

Im August 2023 trafen sich Selenskyj und Ungarns Präsidentin Katalin Novák nach monatelangen Anläufen schließlich in Kyjiw. Beide Seiten berichteten, dass das Treffen sehr gut verlaufen sei. Zuvor hatte Novák der Ernennung von Fedir Shandor zum neuen ukrainischen Botschafter in Ungarn zugestimmt. Wenige Monate vor dem EU-Gipfel im Dezember, auf dem die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine beschlossen werden sollte, schien es wieder einmal, dass sich die ukrainisch-ungarischen Beziehungen normalisieren könnten. Aber es war erneut bloß eine Illusion.

Der historische EU-Gipfel

Anfang November 2023, etwa einen Monat vor dem EU-Gipfel, startete das Team von Viktor Orbán einen weiteren Diskreditierungsversuch: Nachdem die Europäische Kommission die Aufnahme von Verhandlungen mit der Ukraine empfohlen hatte, erklärte Budapest, die Ukraine habe die Bedingungen für die Aufnahme von Verhandlungen nicht erfüllt, sei völlig korrupt und daher auch nicht bereit für die EU-Mitgliedschaft[6]. Stattdessen könne sie nur mit einer »privilegierten Partnerschaft« rechnen, was immer das auch bedeutete.

Ende November traf EU-Ratspräsident Charles Michel unerwartet in Kyjiw ein, und reiste von dort unmittelbar weiter nach Budapest, um Orbán zu treffen. Anfang Dezember brach Michel seinen China-Besuch vorzeitig ab und Emmanuel Macron lud Orbán nach Paris ein – alles wegen Orbáns Drohungen, ein Veto gegen die Aufnahme von Beitrittsgesprächen mit der Ukraine einzulegen.

Am 8. Dezember 2023 verabschiedete die Werchowna Rada Änderungen an sieben Gesetzen, die alle wichtigen Empfehlungen der Venedig-Kommission erfüllten und somit die entscheidende Hürde für Ungarn aus dem Weg räumten. Die wichtigste Änderung bestand darin, dass die Ukraine der ungarischen Minderheit zugestand, in der Schule in ihrer Muttersprache zu lernen (mit Ausnahme der vier Fächer ukrainische Sprache, ukrainische Literatur, ukrainische Geschichte und Verteidigung der Ukraine, die in der Staatssprache unterrichtet werden sollten).

Kurz vor dem EU-Gipfel schrieben zudem die Führer der ungarischen Gemeinschaft in der Ukraine einen gemeinsamen Brief an Viktor Orbán, in dem sie diesen aufforderten, die Aufnahme von Verhandlungen mit der Ukraine nicht zu blockieren[7]. Dies war eine Zäsur in den ukrainisch-ungarischen Beziehungen, da sich die ungarische Community gegen Orbán positionierte.

Am 14. Dezember 2023 beschlossen die Staats- und Regierungschef:innen der Europäischen Union auf dem EU-Gipfel in Brüssel, Beitrittsgespräche mit der Ukraine aufzunehmen. Diese Entscheidung, die einstimmig getroffen werden musste, ging aus mehreren Gründen in die Geschichte ein. Einer davon ist, dass Viktor Orbán während der Abstimmung den Raum verließ – die einen sagen, unter dem Vorwand, einen Kaffee zu trinken, die anderen, um auf die Toilette zu gehen.

Ursprünglich war Orbán mit dem klaren Ziel nach Brüssel gekommen, Veto gegen die Aufnahme von EU-Beitrittsgesprächen mit der Ukraine einzulegen. Selenskyj und sein Team rechneten damit, obwohl die Ukraine die »Hausaufgaben«, inklusive der Änderungen zum Schutz der Minderheitenrechte, gemacht hatte.

Doch dank eines gut koordinierten Zusammenspiels von Olaf Scholz, Emmanuel Macron und Giorgia Meloni als »good cop, bad cop« gelang es schließlich – aufgrund von Orbáns erwähnter Abstinenz – die Aufnahme von EU-Verhandlungen mit der Ukraine zu beschließen. Auch bei der nächsten kritischen EU-Entscheidung für die Ukraine, nämlich die Bereitstellung von 50 Milliarden Euro an Hilfgeldern auf dem EU-Gipfel im Januar 2024, stellte Orbán sich letztlich nicht quer. Gleichzeitig beharrt Budapest weiterhin darauf, dass die Rechte der ungarischen Minderheit in der Ukraine nach wie vor unterdrückt werden. So legte Außenminister Péter Szijjártó in diesem Zusammenhang bei seinem Besuch in der Ukraine im Januar 2024 eine neue Liste mit elf Forderungen an die Ukraine vor.

Im Juni 2024 blockierte Ungarn im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität (EFF) erneut rund 9 Mrd. Euro für die Ukraine[8], wobei es dieses Mal nicht die »ethnische Karte« ausspielte, sondern eine angebliche »Hexenjagd« gegen ungarische Unternehmen in der Ukraine beklagte[9]. Zudem kündigte Budapest an, dass es die Aufnahme des EU-Verhandlungsrahmens wegen der Frage der nationalen Minderheiten blockieren werde[10], was es letztlich jedoch nicht tat, nachdem es zuvor zwischen Kyjiw und Budapest hinter verschlossenen Türen aktive Konsultationen sowie ein »langes und aufschlussreiches« Telefonat zwischen Selenskyj und Orbán gegeben hatte. Und am zweiten Tag der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft reiste Orbán am 2. Juli überraschend (und erstmals seit Beginn der russischen Invasion) nach Kyjiw, wo er sich konstruktiv über die Fortschritte der Ukraine bei der Gewährung von Rechten für die ungarische Minderheit äußerte und seine Bereitschaft zur Unterzeichnung eines bilateralen Abkommens mit der

Ukraine bekundete – was in das komplexe Gesamtbild der ukrainisch-ungarischen Beziehungen passt.

Fazit

Seit 2017 befinden sich die ukrainisch-ungarischen Beziehungen in einer tiefen Krise. Die Rechte der ungarischen Minderheit in der Ukraine sind ein Vorwand und ein Auslöser für diese Krise, aber nicht die Ursache. Die Ursache resultiert vielmehr aus der Vernachlässigung der ukrainisch-ungarischen Beziehungen von beiden Seiten und der Unfähigkeit, Probleme auf bilateraler Ebene zu lösen. Weder Ungarn noch die Ukraine haben eine umfassende Strategie und Politik für die jeweils andere Seite.

Orbán hat die Krise schnell instrumentalisiert, zuerst in Zusammenhang mit der NATO, den USA und Russland, und jetzt vor allem mit der EU, Russland und China, indem er die Ukraine als Verhandlungsmasse und für Erpressungsversuche ausnutzt. So versuchte er, die Ukraine als Druckmittel gegen die EU-Kommission zu nutzen um an Gelder zu kommen und um eine zweite Amtszeit von Ursula von der Leyen zu verhindern. Darüber hinaus nutzt Orbán die Ukraine als Verhandlungsmasse mit der nationalkonservativen ECR-Fraktion im Europäischen Parlament und versuchte, sein Veto gegen die europäische Integration und die Unterstützung der Ukraine gegen die Mitgliedschaft von Fidesz in dieser Fraktion einzutauschen. Da Vik-

tor Orbán sein politisches Mandat seiner prorussischen, antiwestlichen Rhetorik verdankt, scheint ein radikaler Kurswechsel zugunsten der Ukraine, selbst unter großem Druck der EU, aktuell unwahrscheinlich.

Aus ukrainischer Sicht ist Ungarn eher ein »ärgerliches Hindernis«, das beseitigt werden muss, als ein partnerschaftlicher Nachbar. Daher praktiziert Kyjiw eher eine spontane »Ad-hoc-Diplomatie« denn klassische Diplomatie. Eine weitere Dynamik ergibt sich aus dem persönlichen Anliegen von Präsident Selenskyj, Ungarn zu überzeugen, seine prorussische Haltung aufzugeben und offen die Unterstützung für die Ukraine zu erklären. In Anbetracht dieser beiden Faktoren ist das ungarische Ressort nicht im Außenministerium oder im Büro der stellvertretenden Ministerpräsidentin für europäische Integration angesiedelt, sondern im Präsidentenbüro persönlich beim einflussreichen Andrij Jermak.

In den ukrainisch-ungarischen Beziehungen spielt zu guter Letzt auch Russland eine wichtige Rolle. Seit 2014 versucht Moskau, die Krisen und Konflikte zu orchestrieren, anzuheizen und auszunutzen, indem es kontinuierlich und systematisch durch hybride Beeinflussung und Desinformation versucht, interethnische Spannungen sowie eine diplomatische Konfrontation zwischen Kyjiw und Budapest zu provozieren.

Übersetzung aus dem Englischen: Dr. Eduard Klein

Über den Autor

Dmytro Tuschanskyj ist Analyst, Mitbegründer und Geschäftsführer des *Institute for Central European Strategy* mit Sitz in Uschhorod. Er hat als Berater und Analyst für internationale Organisationen gearbeitet, darunter die OSZE und das European Network of Election Monitoring Organizations. Als Experte, Autor und Kolumnist schreibt er u. a. für die New York Times, Washington Post, Spiegel, Newsweek, New Eastern Europe und Jewropejska Prawda.

Bibliografie

- Dmytro Tuzhanskyi: How Russian propaganda frightens with fakes about Hungarian troops near the border with Ukraine <https://infopost.media/rosijska-propaganda-lyakaye-fejkamy-pro-ugorski-vijska-pid-kordonom-z-ukrayinoyu/>.
- Dmytro Tuzhanskyi: Russian fake about military tension between Budapest and Kyiv was also “thrown” into the Hungarian information space <https://infopost.media/rosijskyj-fejk-pro-vijskovu-napругu-mizh-budapeshtom-ikyeyvom-vkynuly-i-v-ugorskyj-informprostir/>.
- Dmytro Tuzhanskyi: How Russia is once again inventing the threat of a military clash between Ukraine and Hungary <https://infopost.media/yak-rosiya-znovu-vygyaduye-zagrozu-vijskovogo-zitknennya-mizh-ukrayinoyu-ta-ugorshhynoyu/>.

Verweise

- [1] <https://apnews.com/article/russia-ukraine-zelenskyy-business-europe-peter-szijarto-3fb4684dc028688c3cd544ee661d7e43>
- [2] <https://www.direkt36.hu/en/ilyen-volt-belulrol-az-ellenzeki-kampany-osszeomlasa/>
- [3] <https://www.rferl.org/a/hungary-eu-sanctions-list-russia-ukraine/32227730.html>
- [4] <https://www.reuters.com/world/europe/ukraine-summon-hungarian-envoy-over-unacceptable-remarks-by-orban-2023-01-27/>
- [5] <https://www.dw.com/de/ungarns-seltsamer-kriegsgefangenen-deal-mit-russland-wir-sollten-sagen-wir-seien-ungarn/a-68677681>
- [6] <https://www.politico.eu/article/viktor-orban-hungary-ukraine-is-not-ready-for-membership-talks/>
- [7] <https://www.euointegration.com.ua/eng/news/2023/12/11/7175363/>
- [8] <https://www.politico.eu/article/eu-ministers-outrageous-hungary-blocks-military-aid-arms-ukraine/>
- [9] <https://abouthungary.hu/news-in-brief/fm-the-witch-hunt-against-hungarian-companies-in-ukraine-is-ongoing>
- [10] <https://x.com/RikardJozwiak/status/1795738458453156330>

Die Ukraine und Rumänien: Partnerschaftliche Beziehungen statt historischer Spannungen

Sergij Gerasymtschuk (Rat für Außenpolitik »Ukrainian Prism«)

DOI: 10.31205/UA.302.02

Zusammenfassung

Die Beziehungen zwischen der Ukraine und Rumänien sind geprägt von historischen Spannungen, gegenseitigen Stereotypen und einer neuen Dynamik seit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine. Von historischen Grenzstreitigkeiten bis hin zum gemeinsamen Kampf um Demokratie und europäische Integration bietet die Entwicklung der ukrainisch-rumänischen Beziehungen eine aufschlussreiche Studie über Diplomatie, Regionalpolitik und die Suche nach Stabilität und Annäherung in einer sich ständig verändernden europäischen Landschaft.

Gegenseitige Missverständnisse und Grenzstreitigkeiten

Die historischen Beziehungen zwischen der Ukraine und Rumänien sind durch ein komplexes Geflecht aus diplomatischen Beziehungen und regionaler Positionierung gekennzeichnet. In der Vergangenheit richtete Rumänien seine Außenpolitik in erster Linie auf die Republik Moldau aus, ein Land, das sprachlich und historisch eng mit Rumänien verbunden ist. Das ging oft auf Kosten engerer Beziehungen zu anderen Nachbarländern, insbesondere zur Ukraine. Rumäniens Haltung ist geprägt von einem Selbstverständnis als »Bastion« der lateinischen Kultur und des lateinischen Erbes in einer überwiegend slawischen Region. Diese Selbstwahrnehmung als »römische Insel in einem slawischen Meer« hat die diplomatischen Ansätze des Landes beeinflusst. Das spiegeln die eher zurückhaltenden Beziehungen zur Ukraine wider, die geprägt sind von kulturellen und historischen Unterschieden.

Trotz geografischer Nähe und gemeinsamen Herausforderungen haben sich die Ukraine und Rumänien in der Vergangenheit durch ein Prisma gegenseitigen Misstrauens und tief verwurzelter Stereotypen betrachtet. Beide Nationen hatten ähnliche negative Vorstellungen voneinander und sahen sich gegenseitig als verarmt, korrupt und unzuverlässig an. Diese Stereotypen erschwerten nicht nur die Entwicklung einer partnerschaftlichen Beziehung, sondern spiegelten auch ein breiteres Problem des gegenseitigen Misstrauens wider, das nur schwer zu überwinden war.

Langjährige Grenzstreitigkeiten verschärfen die Spannungen weiter. Ein bemerkenswerter Streitpunkt war der Verlauf der Seegrenze um die Schlangeninsel. Der Streit wurde schließlich 2009 vom Internationalen Gerichtshof geschlichtet und ist ein Ausdruck für das fehlende bilaterale Vertrauen, da beide Länder versuchten, ihre territorialen Ansprüche zu sichern.

Wendepunkt »Revolution der Würde«

Die ukrainische Revolution der Würde im Jahr 2014 markierte einen bedeutenden Wendepunkt in den ukrainisch-rumänischen Beziehungen. Während sich die Ereignisse in Kyjiw abspielten, sahen viele Rumän:innen Anklänge an ihre eigene Revolution, die 1989 zum Sturz von Nicolae Ceaușescu führte, insbesondere an den »revolutionären Geist«, der in Timișoara begann. Diese historische Parallele rief ein Gefühl des gemeinsamen Kampfes und des Widerstands gegen unterdrückerische Regime hervor und förderte eine neu entfachte Empathie und Verbundenheit zwischen der rumänischen Öffentlichkeit und dem ukrainischen Volk.

Die Revolution der Würde veränderte nicht nur Rumäniens Blick auf die Ukraine, sondern zeigte auch deutlich die unterschiedlichen Wege der Ukraine und Russlands auf. In dem Maße, in dem die Ukraine den klaren Wunsch in Richtung europäischer Integration äußerte und sich dem russischen Einfluss entzog, fand Rumänien mehr Gemeinsamkeiten mit seinem Nachbarn. Das war angesichts der historisch angespannten Beziehungen Rumäniens zu Russland von besonderer Bedeutung. Die klare Unterscheidung zwischen dem ukrainischen und dem russischen politischen Kurs eröffnete Rumänien eine neue Perspektive und gab den Anstoß, die Beziehungen zur Ukraine zu stärken.

Ein wichtiger Meilenstein in den sich entwickelnden Beziehungen zwischen der Ukraine und Rumänien wurde im Juli 2014 erreicht, als Rumänien als erstes Land der Europäischen Union das Assoziierungsabkommen zwischen der Ukraine und der EU und ihren Mitgliedsstaaten ratifizierte. Dies war nicht nur ein formaler, sondern auch ein wichtiger symbolischer Akt, der einen entscheidenden Schritt in Rumäniens Unterstützung für eine engere europäische Integration der Ukraine darstellte. Die rasche Ratifizierung war ein klares Bekenntnis Rumäniens, dass die Ukraine zur europäischen Gemeinschaft gehörte.

Diese Geste der Solidarität war auch ein Zeichen dafür, dass Rumänien die durch historische Spannungen und gegenseitige Stereotypen entstandene Kluft überbrücken wollte. Damit unterstrich Bukarest eine gemeinsame Zukunftsvision, die auf demokratischen Werten, gegenseitigem Respekt und kollektiver Sicherheit beruht. Rumäniens Führungsrolle in dieser Hinsicht war beispielgebend für andere EU-Länder und festigte die Rolle als wichtiger Unterstützer des europäischen Weges der Ukraine.

Rumäniens umfangreiche Unterstützung für die Ukraine während des Krieges

Der russische Einmarsch in die Ukraine im Jahr 2022 veränderte die geopolitische Landschaft Osteuropas auf dramatische Weise und intensivierte die Beziehungen zwischen der Ukraine und Rumänien weiter. Als die Ukraine vor noch nie dagewesenen Herausforderungen stand, war die Reaktion Rumäniens nicht nur unmittelbar, sondern auch tiefgreifend. Die Rumän:innen, die von einer neuen Welle der Empathie und Solidarität erfasst wurden, spielten eine entscheidende Rolle bei der Bereitstellung von Zuflucht und Hilfe für die vor dem Krieg fliehenden Ukrainer:innen. Das Engagement von Freiwilligen an der ukrainisch-rumänischen Grenze war ein Beweis für die große Solidarität, denn die Rumän:innen boten ihren ukrainischen Nachbar:innen wichtige Unterstützung und Hilfe in der Not.

Neben der humanitären Hilfe spielte Rumänien auch eine entscheidende strategische Rolle für die wirtschaftliche Stabilität der Ukraine. Da die ukrainischen Häfen durch die russischen Seestreitkräfte blockiert waren, erleichterte Rumänien die Ausfuhr ukrainischer Waren und half somit dabei, dass die Ukraine trotz der Blockade ein gewisses Maß an wirtschaftlicher Aktivität aufrechterhalten konnte. Das war nicht nur logistisch wichtig, sondern auch ein klares politisches Bekenntnis Rumäniens für die Souveränität und wirtschaftliche Unabhängigkeit der Ukraine.

Darüber hinaus ist Rumänien ein entschiedener Fürsprecher der Integration der Ukraine in europäische und euro-atlantische Strukturen. Rumänien, das die ukrainischen Bestrebungen nach einer EU- und NATO-Mitgliedschaft vorbehaltlos unterstützt, hat sich zu einem wichtigen Verbündeten bei den ukrainischen Bemühungen um eine engere Anbindung an die westlichen Institutionen entwickelt. Diese Annäherung wird dabei nicht nur als ein Weg zur Verbesserung der Sicherheit und des Wohlstands der Ukraine gesehen, sondern auch als ein Schritt zur Stabilisierung der gesamten Region. Die Einrichtung eines neuen trilateralen Kooperationsformats mit der Ukraine und der Republik Moldau im September 2022 ist ein weiterer Beweis für den proaktiven Ansatz Rumäniens in der regionalen Zusammenar-

beit, der darauf abzielt, die gegenseitige Unterstützung und Sicherheit zu stärken.

Gutes Verhältnis auf politischer Ebene

Der direkte Austausch hochrangiger Beamt:innen sowohl aus der Ukraine als auch aus Rumänien hat die entscheidende Rolle der Diplomatie und des Völkerrechts in den Beziehungen zwischen den beiden Ländern unterstrichen. Die Rede des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj vor dem rumänischen Parlament am 4. April 2022 war ein entscheidender und historischer Moment. In seiner Rede ging er auf die – direkt zuvor öffentlich gewordenen – russischen Kriegsverbrechen an der Zivilbevölkerung in Butscha ein und auf die Bedeutung der Rechenschaftspflicht für die internationale Gemeinschaft. Selenskyj nutzte die Gelegenheit auch, um Rumänien für seine umfangreiche Unterstützung bei der Aufnahme ukrainischer Geflüchteter zu danken: Das habe nicht nur unmittelbare Not gelindert, sondern auch die Beziehungen zwischen den beiden Nationen gestärkt.

Zur weiteren Bekräftigung des rumänischen Engagements reisten der rumänische Premierminister Nicolae Ciucă und der Sprecher der Abgeordnetenkammer, Marcel Ciolacu (der seit Juni 2023 Premierminister ist) am 27. April 2022 nach Irpin, wo ebenfalls massivste russische Kriegsverbrechen begangen wurden. Dieser Besuch war nicht nur symbolisch wichtig als Ausdruck der Unterstützung Rumäniens, sondern auch inhaltlich, da Ciucă die Unterstützung Rumäniens für eine internationale Untersuchung der Kriegsverbrechen zusicherte und Rumäniens Rolle bei der Herstellung von Gerechtigkeit unterstrich. Auch der Besuch des rumänischen Präsidenten Klaus Iohannis in Irpin wenige Wochen später im Juni war von ähnlichen Themen geprägt, wobei er nachdrücklich die strafrechtliche Verfolgung der Verantwortlichen für die Kriegsverbrechen forderte.

Diese Besuche und Erklärungen sind bezeichnend für die proaktive Haltung Rumäniens in der internationalen Gemeinschaft gegenüber dem russischen Krieg gegen die Ukraine. Durch die Unterstützung der Ukraine auf mehreren Ebenen – von humanitärer Hilfe bis hin zum Eintreten für Gerechtigkeit auf internationaler Ebene – zeigt Rumänien einen umfassenden Ansatz in seiner Außenpolitik, der die Menschenrechte und das Völkerrecht fördert.

Rumänien als Drehscheibe für humanitäre Hilfen und Agrargüter

Rumänien hat sich zu einem wichtigen Verbündeten der Ukraine entwickelt und seine Unterstützung durch eine Vielzahl bedeutender Initiativen in den Bereichen humanitäre Hilfe, Wirtschaftspartnerschaften und Diploma-

tie unter Beweis gestellt. Eine der greifbarsten Manifestationen dieser Unterstützung war die Einrichtung eines Logistikzentrums in Rumänien, das für die Koordination der humanitären Hilfe von zentraler Bedeutung ist. Diese Drehscheibe unterstreicht die strategische Bedeutung Rumäniens und das Engagement, der Ukraine in dieser kritischen Zeit zu helfen.

In wirtschaftlicher Hinsicht hat Rumänien eine wichtige Rolle bei der Unterstützung des kriegsgeplagten ukrainischen Agrarsektors gespielt. Der Export ukrainischer Agrarprodukte durch Rumänien ist im Jahr 2022 nicht nur fortgesetzt worden, sondern hat sich von bescheidenen 1,8 Millionen US-Dollar im Jahr 2021 auf beeindruckende 1,24 Milliarden US-Dollar erhöht. Dieser dramatische Anstieg spiegelt die Anpassungsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit beider Länder unter schwierigen Umständen wider. Darüber hinaus wurde Rumänien im Jahr 2022 zum wichtigsten Kraftstofflieferanten der Ukraine. Die Einfuhren stiegen um das Dreißigfache auf eine Million Tonnen, einschließlich zusätzlicher 250.000 Tonnen, die im Transit durch Rumänien transportiert wurden. Große rumänische Unternehmen wie OMV Petrom und Rompetrol deckten rund 40 % des ukrainischen Kraftstoffbedarfs, wodurch Rumänien zu einer wichtigen wirtschaftlichen Lebensader für die Ukraine wurde.

Rumänien als wichtiger internationaler Fürsprecher der Ukraine

Die kulturellen und historischen Bindungen wurden dadurch unterstrichen, dass das rumänische Parlament in einer gemeinsamen Sitzung von Senat und Abgeordnetenversammlung den Holodomor als Verbrechen gegen das ukrainische Volk und die Menschheit anerkannte. Dieser Schritt festigt nicht nur die historische Anerkennung, sondern stärkt auch die kulturellen Bindungen zwischen den beiden Nationen.

Auf der internationalen Bühne hat Rumänien immer wieder seine Unterstützung für die Ukraine zum Ausdruck gebracht. Auf dem 29. OSZE-Ministerratstreffen im Dezember 2022 forderte der rumänische Außenminister Bogdan Aurescu die sofortige Beendigung der russischen Aggression und den vollständigen Rückzug der russischen Streitkräfte aus dem ukrainischen Hoheitsgebiet.

Das 2022 von den Umweltministern der Ukraine und Rumäniens unterzeichnete bilaterale Abkommen zur Umsetzung der Espoo-Konvention hat nicht nur jahrzehntelange Streitigkeiten über den geplanten Ausbau des Bystre-Kanals durch die Ukraine beigelegt, sondern verdeutlicht auch das Bekenntnis zu einer nachhaltigen und verantwortungsvollen Umweltpolitik und stellt damit eine weitere Dimension der sich vertiefenden Partnerschaft dar.

Diese vielfältigen Bemühungen zeigen nicht nur die unerschütterliche Unterstützung Rumäniens für die Ukraine, sondern verdeutlichen auch den dynamischen Charakter der bilateralen Beziehungen, die inmitten der aktuellen geopolitischen Turbulenzen zunehmend an strategischer Bedeutung gewonnen haben. Der Gesamthandelumsatz zwischen der Ukraine und Rumänien, der sich von 2,3 Mrd. US-Dollar im Jahr 2021 auf 5,35 Mrd. US-Dollar im Jahr 2022 mehr als verdoppelt hat, verkörpert diese wachsenden Beziehungen, die durch gemeinsame Interessen und Herausforderungen weiter gefestigt werden.

Im Jahr 2023 hat Rumänien seine Rolle als entschiedener Fürsprecher der Ukraine auf der globalen Bühne weiter gefestigt. Indem es sich der Erklärung der G7-Staaten zur Unterstützung der Ukraine anschloss, die auf dem NATO-Gipfel in Vilnius vorgestellt wurde, schloss sich Rumänien den führenden Demokratien der Welt an. Darüber hinaus vertiefte Rumänien seine Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheit, indem es als neuntes Land Gespräche über ein bilaterales Sicherheitsabkommen einleitete. Diese Abkommen sind von entscheidender Bedeutung, da sie sich nicht nur auf konkrete Sicherheitsbelange konzentrieren, sondern die Grundlage für eine langfristige Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik schaffen.

Fazit: Rumäniens anhaltendes Engagement inmitten politischer Umwälzungen

Die Entwicklungen der letzten zwei Jahre zeigen das vielfältige Engagement Rumäniens, die Ukraine sowohl auf diplomatischem Wege als auch durch praktische, bilaterale Maßnahmen zu unterstützen. Rumäniens Handeln zielt darauf ab, die Sicherheit der Ukraine zu gewährleisten und ihre Integration in einen europäischen und internationalen Rahmen zu fördern, um Frieden, Stabilität und Wohlstand in der Region zu sichern.

Im Jahr 2024 steht Rumänien allerdings an einem bedeutenden Scheideweg, denn es stehen sämtliche Wahlen – Kommunal-, Parlaments- und Präsidentschaftswahlen – an. Vor diesem politischen Hintergrund haben einige politische Parteien, insbesondere die rechtspopulistische *Allianz für die Vereinigung der Rumänen* (AUR) und die rechtsextreme *S.O.S. Rumänien* damit begonnen, die Unterstützung für die Ukraine in Frage zu stellen und haben sogar kontroverse Gebietsansprüche erhoben. Trotz der zunehmenden Popularität dieser politischen Gruppierungen sind sie immer noch nicht stärker als die etablierten Liberal- und Sozialdemokraten. Daher ist es unwahrscheinlich, dass sich die offizielle Haltung Rumäniens gegenüber der Ukraine wesentlich ändern wird. Ein Sprichwort besagt: »Ein stabiles Schiff kann jeden Sturm überstehen«. Auch wenn sich die politischen Winde drehen mögen, so ist

davon auszugehen, dass Rumäniens grundlegende Politik der Unterstützung seines Nachbarn und der Förderung seiner Integration in die europäischen und euroatlantischen Strukturen weiterhin Bestand haben wird,

was ein tief verwurzeltes Engagement für Stabilität und Solidarität in der Region widerspiegelt.

Übersetzung: Dr. Eduard Klein

Über den Autor:

Sergiy Gerasymchuk ist Direktor des Programms für regionale Initiativen und Nachbarschaft des Rates für Außenpolitik »Ukrainian Prism«. Zu seinen Interessen zählen die politische Entwicklung der Ukraine, regionale Sicherheit, eingefrorene Konflikte und grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Er hat einen Master in Politikwissenschaft von der Nationalen Universität Kyjiwer-Mohyla-Akademie und ist Absolvent der Estonian School of Diplomacy.

ANALYSE

Die Ukraine und Moldau: Enge Nachbarschaft mit versteckten Problemen

Sergiy Sidorenko (Jewropejska Prawda, Kyjiw)

DOI: 10.31205/UA.302.03

Zusammenfassung

Die Beziehungen zwischen der Ukraine und der Republik Moldau waren noch nie so gut wie heute. Sowohl das offizielle Kyjiw als auch die ukrainische Bevölkerung schätzen die Unterstützung und Dankbarkeit, die die derzeitige moldauische Führung, einschließlich der Präsidentin Maia Sandu, zum Ausdruck bringt. Auch fühlen sich beide Länder durch ihren gleichzeitigen Weg zur EU-Mitgliedschaft miteinander verbunden. Doch dieser Zustand ist nicht garantiert, denn Kyjiw und Chişinău sind erst vor kurzem an diesen Punkt gelangt und bis ins Jahr 2022 gab es noch erhebliche Meinungsverschiedenheiten. Die Politik sollte die alten Probleme, die sich aufgestaut haben, ernst nehmen und lösen, da sich die bilateralen Beziehungen sonst wieder verschlechtern könnten.

Gute Nachbarn trotz vieler Probleme

Nachbarländer können gute, freundschaftliche Beziehungen unterhalten – Beispiele dieser Art gibt es genügend in Europa. Gleichzeitig gibt es kaum europäische Nachbarstaaten mit einer gemeinsamen Landgrenze, deren Beziehungen nicht auch von einem schwierigen historischen Erbe geprägt sind.

Die Beziehungen zwischen Moldau und der Ukraine waren schon immer von schwierigen Kapiteln geprägt, die z. T. mit Ereignissen verknüpft sind, die lange vor den Unabhängigkeitserklärungen der beiden Länder im Jahr 1991 stattfanden. Seitdem sind zwischen Kyjiw und Chişinău eine Menge neuer Probleme aufgetaucht, von denen viele nicht gelöst wurden, weil die Regierungen beider Länder diese drei Jahrzehnte lang aufschoben.

Es gab zwar einige Ausnahmen (vor allem in den Bereichen, in denen die europäischen Partner beide Länder unter Druck setzten), aber im Wesentlichen häuften beide Länder die Versäumnisse und blinden Flecken in ihren Beziehungen stetig an. Selbst eine kurze Liste der bilateralen Probleme ist recht umfangreich.

Dazu gehören der Schmuggel durch »durchlässige« Teile der Grenzen; territoriale und eigentumsrechtliche Streitigkeiten im Zusammenhang mit dem Wasserkraftwerk Dnistrowska-2 in der Grenzregion; Streitigkeiten über das Recht auf Nutzung der Palanka-Straße, die für die Ukraine von entscheidender Bedeutung ist (die Straße führt durch moldauisches Gebiet und verbindet den nördlichen mit dem südlichen Teil des Gebiets Odesa, Anm. d. Red.); Streitigkeiten über die Eigentumsrechte an einigen Immobilien in der Ukraine, die von Moldau beansprucht werden; Streitigkeiten über die Nutzung der grenzüberschreitenden Eisenbahninfrastruktur; Fragen der Strom- und Gasversorgung; Vorwürfe von Umweltverbänden bezüglich der Aktivitäten der Ukraine am Fluss Dnister, einer wichtigen Wasserquelle für Moldau; Streitigkeiten über den Status der moldawischen Diaspora in der Ukraine (laut dem letzten Zensus von 2001 leben ca. 260.000 ethnische Moldauer:innen in der Ukraine, was sie zur drittgrößten ethnischen Minderheit im Land macht); bis hin zu historischen Streitigkeiten darüber, ob einige Gebiete in

der Ukraine und Moldau wirklich ukrainisch/moldawisch sind. Hinzu kommt, dass die gegenseitige Wahrnehmung in der Bevölkerung nicht ungetrübt war und in jüngerer Zeit durch Politiker wie Moldaus Ex-Präsident Igor Dodon vergiftet wurde, der in Kyjiw als pro-russisch und anti-ukrainisch wahrgenommen wird. Auch die Beteiligung rechtsextremer ukrainischer Kämpfer am Transnistrien-Krieg 1992 gegen Moldau ist noch nicht vergessen.

Vor diesem Hintergrund klingt es überraschend und paradox, dass die bilateralen Beziehungen zwischen der Ukraine und Moldau neutral und in manchen Phasen sogar freundlich zu sein schienen. Und das, obwohl es einige Probleme in Bereichen gab, die für die zwei Länder (insbesondere für Moldau) oder für einzelne Regionen von entscheidender Bedeutung waren. Der Grund für diese Freundschaft liegt in der Korruption.

Einige der aufgezählten Probleme schienen für die Eliten beider Länder, insbesondere in Moldau, von finanziellem Nutzen zu sein. So kontrollierten Politiker den illegalen Handel oder den Weiterverkauf von Energie und profitierten davon und zogen es daher vor, den Status quo zu bewahren und die Augen vor den übrigen Problemen zu verschließen. Auch die Rolle Russlands sollte in diesem Kontext übrigens mitberücksichtigt werden.

Viele Probleme zwischen der Ukraine und der Republik Moldau hängen mit Transnistrien zusammen, der abtrünnigen Region im Osten Moldaus entlang der ukrainischen Grenze, die seit 1992 *de facto* unter russischer Kontrolle steht. Seither dient die russische Militärpräsenz in Transnistrien als »Garantie« dafür, dass die Republik Moldau ihre Integrität und Souveränität über ihr gesamtes Territorium nicht wiederherstellen kann. Dieser »eingefrorene Konflikt« bleibt ein wirksames Instrument des Kremls, um die demokratische Entwicklung der Republik Moldau und auch der Ukraine zu behindern.

In dieser Hinsicht hatte der Kreml nichts gegen die korrupten Praktiken in Transnistrien, die die Beziehungen zwischen Moldau und der Ukraine vergifteten. Fast drei Jahrzehnte lang funktionierte diese Strategie perfekt, bis Russland die Invasion der Ukraine begann.

Der Krieg als Wendepunkt

Der Beginn der russischen Vollinvasion in die Ukraine war nicht der einzige Wendepunkt in den ukrainisch-moldawischen Beziehungen der letzten Zeit.

Der Weg dafür wurde durch die Wahl von Wolodymyr Selenskyj zum Präsidenten der Ukraine im Jahr 2019 geebnet. Dieser Faktor hat zwar nicht zu unmittelbaren Veränderungen geführt, sollte aber nicht unterschätzt werden. Der Grund liegt nicht nur in Selenskyjs hoher Popularität in Moldau (die es aufgrund seiner medialen Popularität tatsächlich gab, was für Wahlkandidaten im Ausland recht ungewöhnlich ist).

Nicht weniger wichtig war, dass Selenskyjs Vorgänger und Konkurrent bei den Wahlen, Petro Poroschenko, sowohl bei den moldawischen politischen Eliten als auch in der Gesellschaft extrem unbeliebt war. Das rührte teilweise von Poroschenkos Freundschaft und langjährigen Geschäftsbeziehungen mit dem verhassten moldawischen Oligarchen Vladimir Plahotniuc her. Außerdem wurden diejenigen in Moldau, die russische Medien konsumieren, mit Kreml-Propaganda über Poroschenko überschüttet. Das führte in der moldawischen Gesellschaft zu der Hoffnung, dass Selenskyjs Wahl eine Chance zur Verbesserung der bilateralen Beziehungen eröffnet.

Um diese Chance zu nutzen, musste Chişinău jedoch auch erst einmal die Führung wechseln und den pro-russischen Präsidenten Igor Dodon und seine Entourage im Parlament abwählen. Für Kyjiw war Dodon eine toxische Führungspersönlichkeit, da er in öffentlichen Erklärungen die russische Besetzung und Annexion der Krim akzeptierte, was alle ausländischen Politiker:innen in der Ukraine zu politischen Feindbildern macht. Mit der Wahl von Maia Sandu zur Präsidentin der Republik Moldau Ende 2020 und dem Erdrutschsieg ihrer Partei bei den Parlamentswahlen Mitte 2021 wurde dieses Hindernis jedoch schließlich beseitigt.

Hat mit der Wahl der neuen Führungen eine neue Ära der ukrainisch-moldawischen Beziehungen begonnen? Nicht wirklich.

Zwar haben sich die bilateralen Beziehungen intensiviert, und es gab mehrere Treffen auf höchster Ebene nach vier Jahren Pause, mehr aber auch nicht. Selbst im Bereich der europäischen Integration verfolgen die beiden Länder einen sehr unterschiedlichen Ansatz. Vor 2022 hatte keines der beiden Länder, die zur Östlichen Partnerschaft zählten, eine ernsthafte EU-Perspektive (vgl. Ukraine-Analysen 234[1]). Aber die Ukraine versuchte, auf Änderungen in der Haltung der EU zu drängen, forderte einen neuen Status und versuchte, eine Koalition zu bilden. In Moldau hingegen war man der Ansicht, man müsse sich auf innenpolitische Reformen konzentrieren und hoffen, dass sich der Weg in die EU dann schon finden würde.

Diese Meinungsverschiedenheiten führten in Kyjiw zu Frustrationen und wurden von vielen als Zeichen dafür gewertet, dass Sandu allzu starke pro-westliche Aktionen vermeidet. Die anfänglich gute Chemie zwischen ihr und Selenskyj kühlte sich ab. Doch nach dem 24. Februar 2022 spielte das alles keine Rolle mehr.

Die Ukraine war bereit, eine neue Seite in den Beziehungen zu allen Partnern aufzuschlagen, und die Handlungen nach der russischen Invasion waren wichtiger, als die zuvor. Aber selbst jetzt wurden einige Schattierungen in den Beziehungen zu Chişinău sichtbar.

Anfang 2022 waren Selenskyj und sein Team ziemlich verärgert über Sandu, weil sie in den ersten Tagen

der Großinvasion der Bitte Kyjiws, sechs alte, ausgemusterte sowjetische MiG-29-Kampfflotten an die Ukraine zu übergeben die im Norden Moldaus stationiert waren, nicht nachkam. Die moldauische Armee hat keine funktionsfähigen Jets und benötigte die alten MiGs nicht, während die ukrainischen Streitkräfte verzweifelt nach Ersatzteilen suchten, um ihre Luftflotte wiederzubeleben.

Der Grund für Sandus Weigerung lag auf der Hand: Im Februar 2022 dachten viele, dass die Ukraine den russischen Großangriff nicht überleben würde und Moldau dann das nächstlogische Ziel wäre. Die Waffenlieferungen an die Ukraine würden die Lage nur verschlimmern. Aber für die Ukraine war diese Erklärung ein Affront.

Die MiG-Spannungen hielten drei Monate lang an. Zum Ende des Frühjahrs war die Gefahr einer russischen Invasion in Moldau geringer geworden, und Chişinău gab seine Position auf: Mehrere Quellen bestätigten schließlich, dass ukrainische Techniker Zugang zu den Flugzeugen erhielten. Anfang Juni landete ein ukrainisches Flugzeug auf dem Flughafen von Mărculeşti, wo die moldauischen MiGs stationiert waren. Offizieller Grund war eine »technische Ausleihe«. Zufälligerweise verbesserten sich die zwischenstaatlichen Beziehungen genau ab diesem Zeitpunkt.

Eine neue Ära der Partnerschaft

Aktuell sind die Beziehungen zwischen Kyjiw und Chişinău so gut wie nie zuvor und beide Seiten profitieren davon. Die moldauische Führung hat deutliche Fortschritte gemacht bei der Einschätzung der von Russland ausgehenden Bedrohung – und das hat viel dazu beigetragen, eine solide Vertrauensbasis zwischen den Nachbarn zu schaffen. Politisch hat sich die Republik Moldau von einem pro-russischem zu einem eindeutig pro-ukrainischen Staat gewandelt.

Wenn auch mit einiger Verspätung schloss sich Chişinău letztlich den Sanktionen gegen Russland an; es unterstützt Kyjiw in allen internationalen Foren; die moldauischen Behörden begannen, russische Agenten und Propagandakanäle zu bekämpfen; die russische diplomatische Präsenz wurde auf ein historisches Minimum reduziert, und von Zeit zu Zeit gibt es Meldungen über die Ausweisung weiterer russischer Diplomaten aus Chişinău.

In Kyjiw gibt es keine Vorbehalte gegen Moldaus klare Rhetorik gegenüber Russland, und Maia Sandu lässt keine Gelegenheit aus, die ukrainische Armee und das ukrainische Volk zu würdigen und öffentlich zu betonen, dass Moldau dank der täglichen ukrainischen Opfer unabhängig, frei und am Leben ist. Man könnte sagen, dass dies nur Worte sind, aber für die Ukrainer:innen ist es wirklich wichtig.

Wenn es um die Unterstützung der Ukraine in Kriegszeiten geht, leistet Moldau angesichts der gerin-

gen Größe und beschränkten Ressourcen eine ganze Menge. Das Land verfügt über keine modernen Waffen und niemand erwartet deshalb, dass Chişinău sie liefert, aber die Ukraine wird über moldawisches Territorium mit wichtigem Brennstoff versorgt. Die Regierung tut ihr Bestes, um die Sanktionen durchzusetzen und Lieferketten zu unterbrechen, die beim russischen Militär landen könnten. Die moldauische Eisenbahn wird in vollem Umfang für den Export ukrainischer Waren genutzt, und die Grenzprobleme scheinen nicht mehr so problematisch zu sein wie noch vor Jahren. Es erübrigt sich zu erwähnen, dass die moldauische Route für viele ukrainische Flüchtlinge wichtig ist und gut funktioniert. Auch haben etwa 120.000 Ukrainer:innen Zuflucht in Moldau gefunden, was deutlich mehr ist als in den wesentlich größeren ukrainischen Nachbarstaaten Rumänien (80.000) und Ungarn (60.000).

Auf der anderen Seite hat die Ukraine ihren Ansatz für die Partnerschaft mit der Republik Moldau im Hinblick auf die europäische Dimension geändert. Im Jahr 2022 machten ukrainische Beamte:innen keinen Hehl aus ihrem Missfallen über die schnelle Annäherung zwischen Moldau und der EU. Viele in Kyjiw meinten, Chişinău sei »auf den ukrainischen Zug aufgesprungen« und habe den Kandidatenstatus »geschenkt« bekommen, nur weil die EU beschlossen habe, den moldauischen und ukrainischen Prozess zu verknüpfen. Dies war eine rein emotionale Eifersucht, die sich inzwischen verflüchtigt hat. Kyjiw ist bereit für die gemeinsame Reise in Richtung EU, und das hilft beiden Ländern, da sie zusammen mehr Chancen auf einen erfolgreichen EU-Beitritt haben.

Auch die Wahrnehmung Moldaus in der ukrainischen Gesellschaft hat sich verbessert: Während laut Meinungsumfragen im März 2021 14,5 % der Ukrainer:innen eine »sehr positive« Meinung gegenüber Moldau hatte, waren es im März 2024 31,3 %. Die klare Position von Sandu und ihrer Regierung zur russischen Aggression wurde gebührend zur Kenntnis genommen und wird in der Ukraine anerkannt.

Dennoch bleibt ein Thema, das in der ukrainischen Gesellschaft für Missverständnisse sorgt: der Transnistrien-Konflikt.

Transnistrien und andere Herausforderungen

Es bedarf einiger Hintergrundinformationen, um das Transnistrien-Problem zu verstehen. Der Transnistrien-Konflikt hat seine Wurzeln 1989–1991. Damals existierte die Sowjetunion noch, stand aber kurz vor dem Zusammenbruch, da nationalistische Bestrebungen in einigen Republiken, darunter auch in der Moldauischen SSR, immer populärer wurden. Zu dieser Zeit erklärten die lokalen Entscheidungsträger von Tiraspol und eini-

gen weiteren Industriestädten, dass sie sich Moskau und nicht Chişinău verbunden fühlen.

Diese Städte, die größtenteils am linken Ufer des Flusses Dnister liegen, riefen »Transnistrien« aus und kehrten Chişinău – bis heute – den Rücken. Mit offener Unterstützung der in Tiraspol stationierten sowjetischen Armee (die aus russischen Truppen bestand), gewannen die Separatisten 1992 den Krieg, der mehr als 1.000 Tote forderte, gegen die moldauische Zentralregierung. Die schmerzhafteste Niederlage von 1992 wird bis heute als einer der Gründe dafür angesehen, dass die Menschen in Moldau jegliche militärische Szenarien ablehnen – und der Kreml weiß das.

Die in Transnistrien stationierten russischen »Friedenstruppen« mit ca. 1.500 – 2.000 Soldaten ignorieren die Forderungen aus Chişinău, die Militärpräsenz auf moldauischem Territorium einzustellen. Obwohl die russischen Truppen unterdurchschnittlich ausgerüstet und ausgebildet sind und kaum eine nennenswerte militärische Bedrohung darstellen, reicht ihre bloße Präsenz aus, um Transnistrien militärischen Beistand aus Moskau zu signalisieren.

Hier zeigt sich eine klare Trennlinie zwischen Moldau und der Ukraine: Die moldauische Strategie gegenüber dieser von Russland kontrollierten Region unterscheidet sich deutlich von der, die die Ukraine in Bezug auf ukrainisches Land unter russischer Besatzung verfolgt: Chişinău schließt im Gegensatz zu Kyjiw jedes militärische Szenario aus – selbst wenn die ukrainischen Streitkräfte bereit wären, zu helfen und die schwache russische Armeepräsenz in Moldau zu beseitigen – und dieser Ansatz wird von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen.

Aus historischer Sicht scheint dieser »friedliche« Ansatz in Moldau natürlich. Aber viele Ukrainer:innen verstehen das nicht und diskutieren in den Medien und den sozialen Netzwerken weiter über die »Möglichkeit eines Militäreinsatzes auf moldauischem Territorium«, was wiederum in Chişinău für Ärger sorgt. Auf Moldau wirkt diese Diskussion wie ein Versuch aus, die eigene Souveränität zu untergraben und das Land gegen den eigenen Willen in einen Krieg zu ziehen.

Bislang hat diese Diskussion noch kein gefährliches Ausmaß angenommen (vor allem, weil dieser Ansatz von der ukrainischen Regierung nicht unterstützt wird).

Über den Autor

Sergiy Sydorenko ist ein ukrainischer Journalist und Analyst mit Schwerpunkt auf europäischen und euro-atlantischen Themen. Er ist Mitbegründer und Redakteur der *Jewropejska Prawda*, einem der wichtigsten ukrainischen Medien, das über europäische Themen und die Beziehungen der Ukraine zu den europäischen Staaten berichtet. Als gebürtiger Moldauer beschäftigt er sich intensiv mit den bilateralen Beziehungen zwischen der Ukraine und Moldau.

Verweise

[1] <https://laender-analysen.de/ukraine-analysen/234/kann-die-oestliche-partnerschaft-die-erwartungen-der-ukraine-erfuellen/>

Aber sie zeigt, dass die derzeitige Freundschaft und gegenseitige Achtung in den bilateralen Beziehungen nicht garantiert sind und sich bei einem Thema mit starken Meinungsverschiedenheiten umkehren können.

Die Transnistrien-Frage ist zudem nicht das einzige konfliktträchtige Thema. Viele alte Probleme sind nach wie vor ungelöst, auch wenn sie aktuell durch den Krieg und die klare moldauische Unterstützung für die Ukraine sowie die gemeinsamen EU-Perspektive der beiden Länder überschattet werden.

Früher oder später könnten diese alten »Wunden« aufreißen. Vor allem, wenn die russische Propaganda ihre Bemühungen darauf richtet. Das bedeutet für Kyjiw und Chişinău, dass sie sich um die Lösung alter und verborgener Probleme bemühen sollten anstatt solange zu warten, bis diese wieder akut werden und die Lage verschärfen.

Fazit

Vor dem Hintergrund der russischen Aggression gegen die Ukraine und der potenziellen russischen Bedrohung der Republik Moldau haben die Beziehungen zwischen Kyjiw und Chişinău einen noch nie dagewesenen Stellenwert erreicht. Die bilateralen Beziehungen sind jedoch nicht unkompliziert. Historische Konflikte, ungelöste Streitigkeiten und unterschiedliche Herangehensweisen an regionale Sicherheitsfragen, insbesondere in Bezug auf Transnistrien, stellen potenzielle zukünftige Herausforderungen dar. Die derzeitige Solidarität wird durch die jüngsten geopolitischen Verschiebungen und die gegenseitige Ablehnung der russischen Aggression untermauert, ist aber nicht vor dem Wiederaufleben alter Spannungen gefeit. Sowohl die Ukraine als auch Moldau müssen diese latenten Probleme proaktiv angehen, um sicherzustellen, dass ihre Partnerschaft robust und widerstandsfähig bleibt. Ein kontinuierlicher Dialog und aktive Zusammenarbeit sind unerlässlich, um die aktuell »guten Zeiten« in eine dauerhafte Freundschaft umzuwandeln, die sowohl äußerem Druck als auch bilateralen Spannungen standhalten kann. Nur wenn die Ukraine und Moldau diese grundlegenden Probleme angehen und lösen, können sie gemeinsam eine stabile und prosperierende Zukunft in der Europäischen Union erreichen.

Übersetzung: Dr. Eduard Klein

Die ukrainisch-belarusischen Beziehungen im Kontext des russisch-ukrainischen Krieges

Pawlo Rad (Rat für Außenpolitik »Ukrainian Prism«)

DOI: 10.31205/UA.302.04

Zusammenfassung

Im Februar 2022 startete die Russische Föderation die groß angelegte Invasion der Ukraine auch von belarusischem Territorium aus. Dies führte zu einer erheblichen Verschlechterung der ukrainisch-belarusischen Beziehungen in den Bereichen Wirtschaft, Politik und Sicherheit. Obwohl Kyjiw das Minsker Regime als bedrohlich empfindet, führt es gegenwärtig einen begrenzten Dialog über praktische Fragen und hat eine eher verhaltene Haltung, was die Zusammenarbeit mit den demokratischen Kräften in Belarus anbelangt. Dieser zurückhaltende Ansatz ist sowohl durch die Sicherheitsbedenken der Ukraine als auch durch das Fehlen einer strategischen Vision Kyjiws in Bezug auf Belarus begründet.

Die Erosion der wirtschaftlichen Zusammenarbeit

Vor 2022 zielte die außenpolitische Strategie der Ukraine[1] gegenüber Belarus zunächst darauf ab, den bilateralen Handel zu nutzen, um zu verhindern, dass Russland die belarussische Souveränität einschränkt. Als die EU Mitte 2021 sektorale Sanktionen gegen Belarus verhängte, wurde die Ukraine nicht nur zum wichtigsten Markt für belarussische Erdölprodukte und Stromexporte, sondern bot Belarus auch eine Möglichkeit, die Sanktionen durch Handel zu umgehen[2].

Sobald Belarus jedoch zum Brückenkopf für Russlands groß angelegte Invasion wurde, änderte die Ukraine ihren Kurs und nahm Abstand von strategisch wichtigen belarusischen Importen, insbesondere von Erdölprodukten. Die Verwicklung des Lukaschenko-Regimes in die russische Aggression machte es Kyjiw unmöglich, die Handelsbeziehungen mit dem offiziellen Minsk auf demselben Niveau zu halten. Infolgedessen verzeichnete der bilaterale Handel einen starken Rückgang, von einem Höchststand von 6,9 Mrd. US-Dollar im Jahr 2021[3] auf 1,6 Mrd. US-Dollar im Jahr 2022[4]. Die Daten aus dem Jahr 2023 zeigen einen Rückgang in den ersten sieben Monaten auf nur noch 13,8 Millionen US-Dollar[5] und verdeutlichen den Zusammenbruch der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Politische Beziehungen auf historischem Tiefpunkt

Seit Februar 2022 sind die politischen Beziehungen zwischen der Ukraine und Belarus auf einen historischen Tiefpunkt gesunken, der durch minimale Kommunikation und einen erheblichen Rückgang der Diplomatie gekennzeichnet ist. Beide Staaten unterhalten zwar *de jure* diplomatische Beziehungen, doch das praktische Engagement wurde stark eingeschränkt. Die ukrainischen und belarusischen Botschafter wurden abberufen,

die Ukraine hat ihr Botschaftspersonal in Minsk auf fünf reduziert und Belarus hat seine Diplomaten aus der Ukraine evakuiert[6].

Aus drei Gründen unterhält die Ukraine weiterhin diplomatische Beziehungen zu Belarus. Erstens nutzen Moskau und Kyjiw den Kanal in Minsk für den Austausch von diplomatischen Notizen und die Übermittlung juristischer und konsularischer Dokumente[7]. Zweitens ist Belarus eine der wenigen Routen, über die Ukrainer:innen aus den besetzten Gebieten in die von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebiete gelangen können. Und drittens ist die Anwesenheit ukrainischer Diplomaten auf belarusischem Boden ein Signal an Minsk, dass Kyjiw nicht mit militärischer Gewalt gegen Belarus vorgehen wird.

Angesichts des mangelnden Vertrauens und fehlender formaler diplomatischer Beziehungen auf höchster Ebene erfolgt die Kommunikation meist über Geheimdienste oder andere geschlossene Kanäle[8]. Ziel Kyjiws ist es, die politische Führung von Belarus zu beeinflussen und die vom Minsker Regime ausgehenden Sicherheitsbedrohungen zu verringern.

Entwicklung der Rolle des Lukaschenko-Regimes im Krieg

Seit Mitte 2022 haben die direkten Drohungen aus Minsk gegenüber der Ukraine abgenommen, was vor allem auf die reduzierte russische Militärpräsenz in Belarus im Vergleich zu der Aufrüstung vor der Vollinvasion in die Ukraine zurückzuführen ist. Derzeit befinden sich noch etwa 2.000 russische Soldaten auf belarusischem Territorium, die in erster Linie mit der Instandhaltung der russischen Luftfahrt- und Funktechnik betraut sind[9].

Die Rolle von Belarus im russisch-ukrainischen Krieg hat sich erheblich gewandelt. Diente Belarus zunächst als Stützpunkt für russische Militäroperatio-

nen, so hat es sich inzwischen zu einem wichtigen Lieferanten von militärischer Ausrüstung, Munition und militärischen Komponenten für Russland entwickelt. Belarus nimmt auch an Russlands psychologischer und informationeller Kriegsführung teil, die neuen Phasen des russisch-ukrainischen Krieges vorausgehen. So enthüllten geleakte Pentagon-Dokumente russische Bemühungen in der ersten Hälfte 2023, beim ukrainischen Geheimdienst den Eindruck einer möglichen neuen Offensive von Belarus aus zu erwecken[10].

Ähnliches findet aktuell in Zusammenhang mit der russischen Offensive in der Ostukraine statt. Belarus führt militärische Übungen durch[11] und beschuldigt Kyjiw, Saboteure auf seinem Territorium zu stationieren[12]. Diese Vorgänge, gepaart mit der belarussischen Mobilisierung und militärischen Ausbildung[13] und den Äußerungen über Kriegsvorbereitungen[14], dienen dazu, die ukrainische Gesellschaft und die militärisch-politische Führung unter Druck zu setzen.

Niedrige Chancen einer schwerwiegenden Eskalation

Dennoch sind die Aussichten auf eine Wiederaufnahme von Raketen- oder Drohnenangriffen oder eine erneute Offensive von belarussischem Territorium aus eher gering. Belarus in ein Kriegsgebiet zu verwandeln, wäre sowohl für Lukaschenko, der wie jeder Autokrat in erster Linie an der Erhaltung seines Regimes interessiert ist, als auch für Moskau von Nachteil. Das würde Russlands Fähigkeit, sich mit notwendigen Komponenten und Erdölprodukten aus Belarus zu versorgen, durch ukrainische Angriffe auf Verteidigungsanlagen und Raffinerien auf belarussischem Boden untergraben.

Außerdem ist die Ukraine nicht nur besser auf eine mögliche neue Eskalation vorbereitet, sondern verfügt auch über belarussische Freiwilligeneinheiten, insbesondere das Kastus-Kalinowski-Regiment. Minsk sieht in diesen Freiwilligen eine potenzielle Bedrohung und eine Quelle der Destabilisierung. Aus diesem Grund hat das belarussische Innenministerium mehrere Antiterrorereinheiten geschaffen[15], während der belarussische Geheimdienst KGB die Freiwilligen als Extremisten bezeichnet[16] und Strafverfahren gegen Mitglieder ihrer Familien eingeleitet hat[17].

Der Text erschien am 27.06.2024 im Focus Ukraine Blog des Kennan Institute und ist frei zugänglich unter <https://www.wilsoncenter.org/blog-post/ukraine-belarus-relations-context-russo-ukrainian-war>. Wir danken dem Autor und dem Kennan Institute für die Erlaubnis zur Publikation der deutschsprachigen Übersetzung in den Ukraine-Analysen.

Über den Autor:

Pawlo Rad ist Analyst und Junior Fellow des Studienprogramms Russland und Belarus beim Rat für Außenpolitik »Ukrainian Prisma«.

Kyjiws Position gegenüber den belarussischen demokratischen Kräften ist zurückhaltend

Während belarussische Freiwillige als integraler Bestandteil einer militärisch-politischen Strategie zur Abschreckung des Lukaschenko-Regimes angesehen werden, ist Kyjiw bei der Zusammenarbeit mit der belarussischen Aktivistin und Anführerin der politischen Opposition Swjatlana Zichanouskaja und ihrem Team eher zurückhaltend. Sicherheitsinteressen haben für Kyjiw nach wie vor oberste Priorität. Daher vermeiden es die ukrainischen Behörden, Lukaschenko zu provozieren oder die fragilen Beziehungen zum offiziellen Minsk zu gefährden, indem sie sich stärker mit den belarussischen demokratischen Kräften einlassen, die aus ukrainischer Sicht nur begrenzt in der Lage sind, das Minsker Regime abzuschrecken oder die ukrainischen Kriegsanstrengungen nennenswert zu unterstützen.

Trotz dieser Hindernisse könnten die laufende Kommunikation zwischen ukrainischen Parlamentarier:innen und der belarussischen Exilregierung, sowie die Ernennung eines ukrainischen Sonderbotschafters für Belarus, der die demokratischen Kräfte einbinden soll, zukünftig Möglichkeiten für engere Beziehungen zwischen Kyjiw und der demokratischen Bewegung in Belarus schaffen und Kyjiw dabei helfen, mit der Führung in Minsk zu verhandeln.

Fazit: Kyjiw muss seinen Ansatz gegenüber Belarus neu bewerten

Der Ukraine ist es gelungen, das Lukaschenko-Regime abzuschrecken. Ein solch begrenzter Ansatz beseitigt jedoch nicht die zukünftigen Bedrohungen und sorgt nicht für dauerhafte Sicherheit und Stabilität an der Nordgrenze der Ukraine. Die Ukraine muss in Bezug auf Belarus eine proaktivere und bedachtere Politik verfolgen, die ein breites Spektrum an Instrumenten umfasst. Dies würde Kyjiw helfen, die negativen Auswirkungen der Bedrohung abzumildern und neue Möglichkeiten zur Unterstützung der belarussischen Demokratiebewegung sowie im Umgang mit der Führung in Minsk zu nutzen.

Übersetzung: Dr. Eduard Kleine

Verweise finden Sie auf der nächsten Seite.

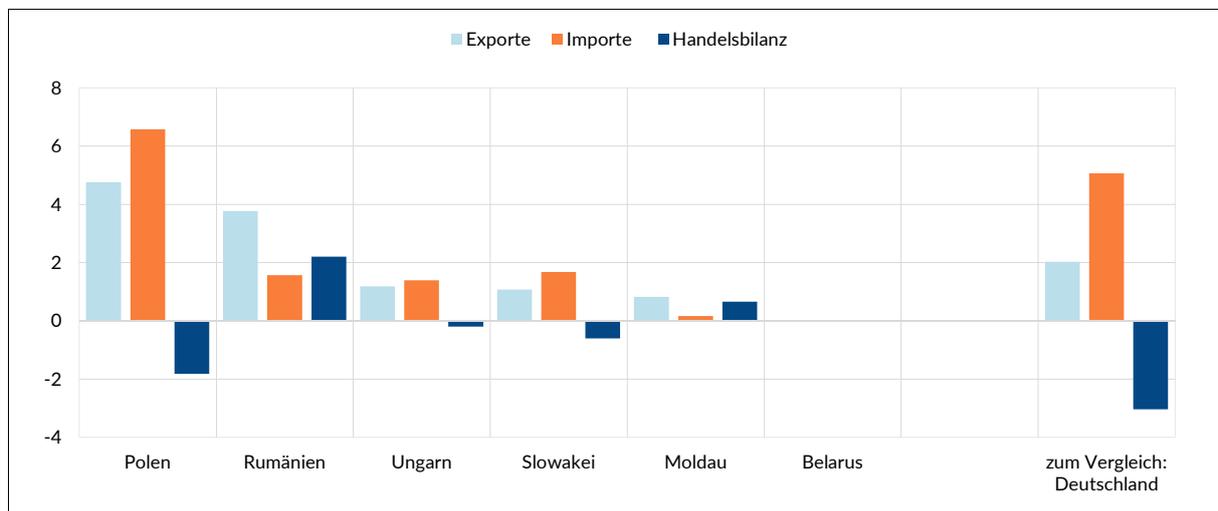
Verweise

- [1] <https://www.president.gov.ua/documents/4482021-40017>
- [2] <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/belarus/20366.pdf>
- [3] <https://thinktanks.by/publication/2022/03/02/kak-torgovala-belarus-s-ukrainoy.html>
- [4] <https://customs.gov.ua/>
- [5] <https://customs.gov.ua/>
- [6] https://24tv.ua/ru/lukashenko-snjal-dolzhnosti-posla-belarusi-ukraine-kakaja-prichina_n2415341
- [7] <https://zerkalo-read.site/news/economics/65508.html?tg=9>
- [8] <https://www.pravda.com.ua/news/2023/05/16/7402495/>
- [9] https://t.me/Hajun_BY/7826
- [10] https://t.me/Hajun_BY/6727
- [11] https://t.me/Hajun_BY/7823
- [12] <https://kyivindependent.com/tension-rises-at-ukraine-belarus-state-border-ukraine-allegedly-deploys-troops-belarusian-military-claims/>
- [13] <https://zn.ua/WORLD/belarus-provedet-v-mae-mobilizatsionnye-uchenija.html>
- [14] <https://www.golosameriki.com/a/belarus-holds-military-drills-near-borders-with-eu-ukraine/7553467.html>
- [15] <https://www.sb.by/articles/karpenkov-soobshchil-o-formirovanii-vo-vnutrennikh-voyskakh-berkuta-i-eshche-neskolkih-novykh-spets.html>
- [16] <https://mediazona.by/news/2022/09/23/polka>
- [17] <https://spring96.org/ru/news/113373>

STATISTIK

Handel der Ukraine mit ihren Nachbarländern

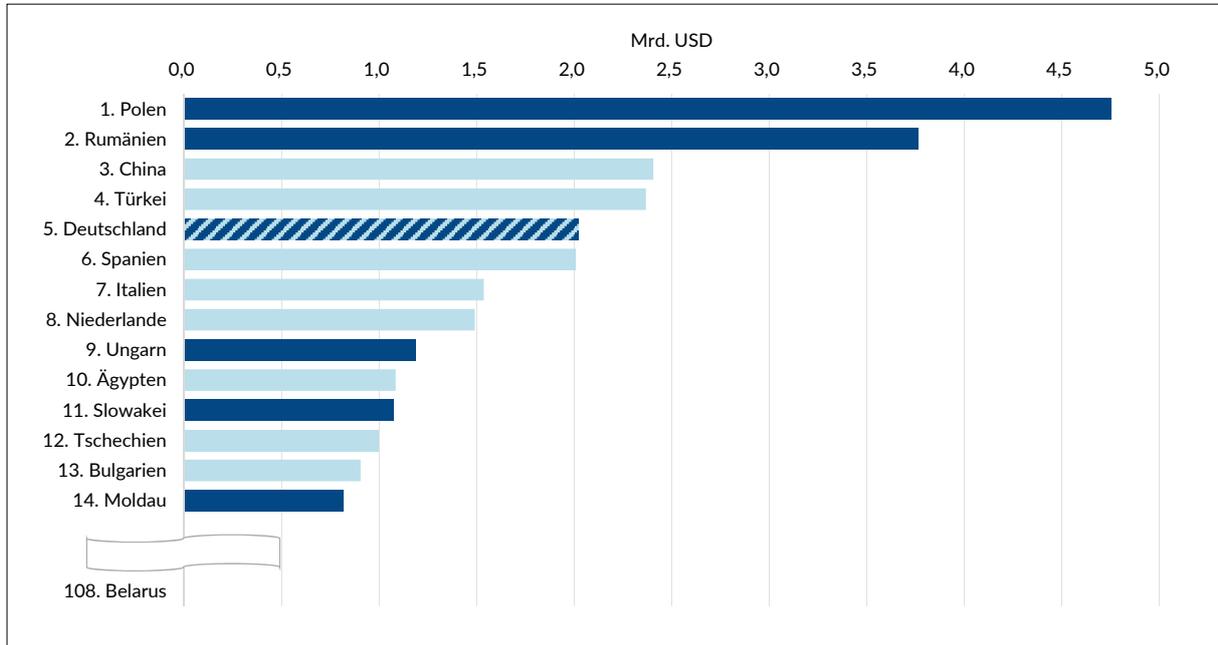
Grafik 1a: Import und Export der Ukraine mit ihren Nachbarländern, Handelsbilanz, 2023 (in Mrd. USD)



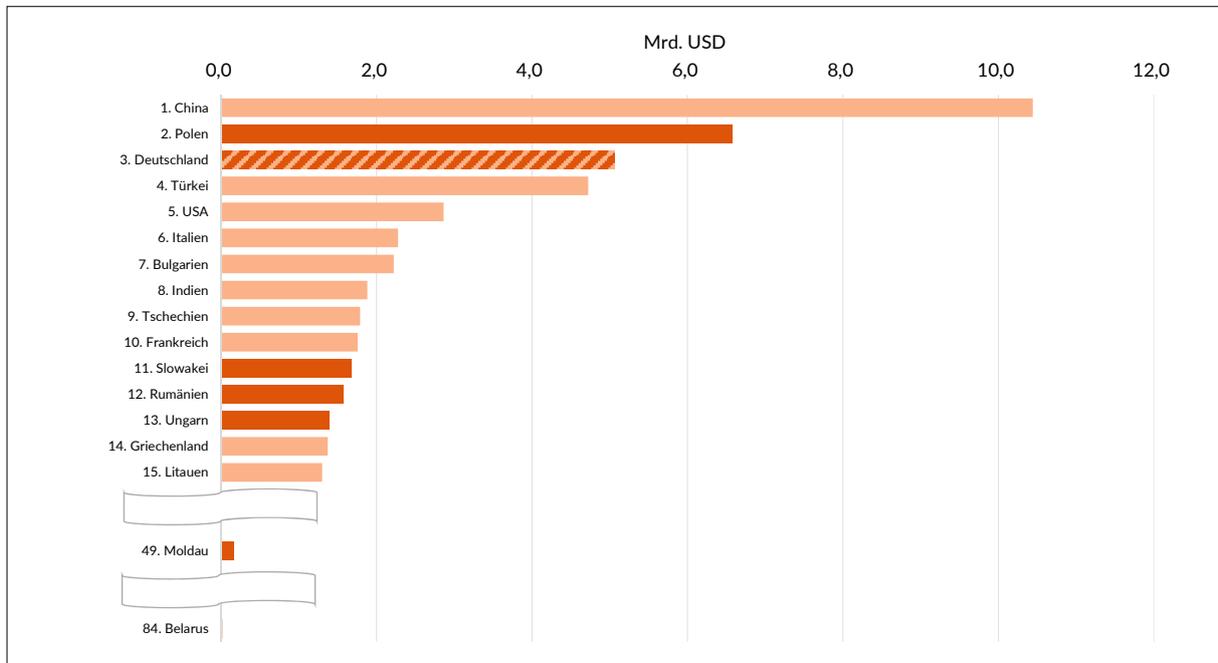
	Exporte	Importe	Handelsbilanz
Polen	4,76	6,58	-1,82
Rumänien	3,76	1,57	2,20
Ungarn	1,18	1,39	-0,20
Slowakei	1,07	1,68	-0,60
Moldau	0,82	0,16	0,66

	Exporte	Importe	Handelsbilanz
Belarus	0,003	0,019	-0,016
zum Vergleich: Deutschland	2,02	5,06	-3,04

Quelle: Ukrainisches Statistkamt, Geografische Struktur des ukrainischen Außenhandels 2023, https://www.ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2024/zd/ztt/arh_ztt2023.html.

Grafik 1b: Export der Ukraine an ihre Nachbarländer 2023 (Rang im Vergleich)

Quelle: Ukrainisches Statistikamt, Geografische Struktur des ukrainischen Außenhandels 2023, https://www.ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2024/zd/ztt/arh_ztt2023.html.

Grafik 1c: Import der Ukraine aus ihren Nachbarländern 2023 (Rang im Vergleich)

Quelle: Ukrainisches Statistikamt, Geografische Struktur des ukrainischen Außenhandels 2023, https://www.ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2024/zd/ztt/arh_ztt2023.html.

Tabelle 1: Top-5 Produkte nach Handelspartner (2023, in Mio. USD)

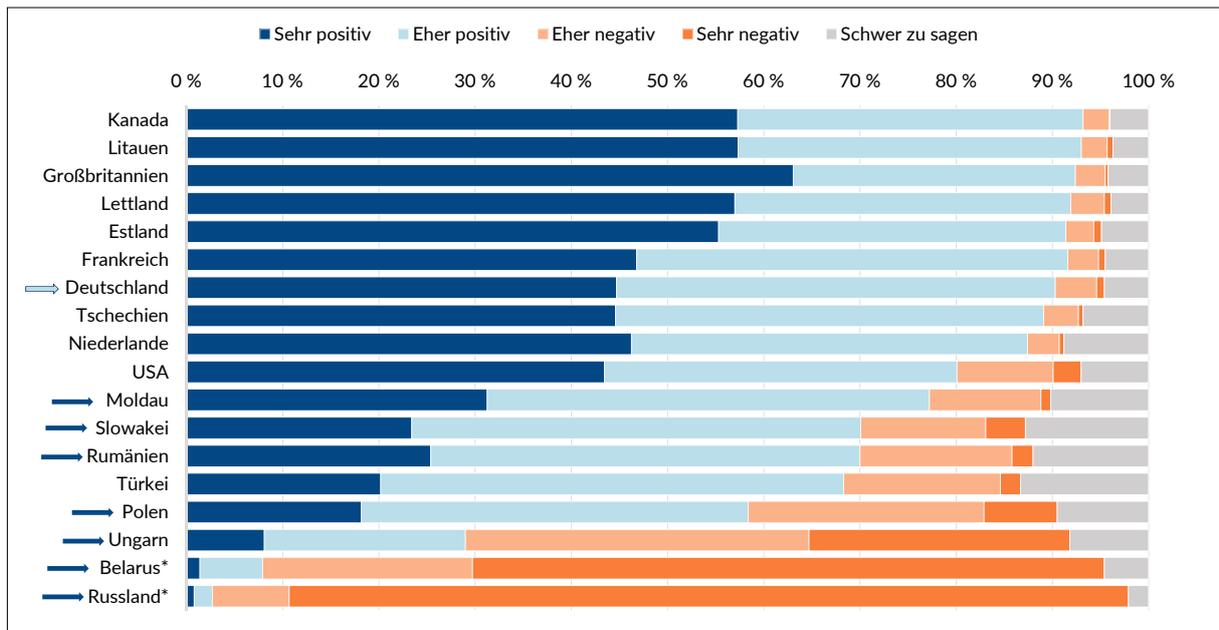
Polen			
Exporte		Importe	
Schwarzmetalle	1.064	Mineralische Brennstoffe, Öl und Ölprodukte	1.340
Fette und Öle	616	Transportmittel	641
Rückstände und Abfälle aus der Lebensmittelindustrie	387	Plastiken, Polymere	459
Erze, Schlacke	355	Atomreakorteknik	399
Holz und Holzprodukte	283	Dünger	354
Rumänien			
Exporte		Importe	
Getreide	1.042	Mineralische Brennstoffe, Öl und Ölprodukte	573
Fette und Öle	1.000	Transportmittel	110
Ölsaaten und Früchte	414	Schwarzmetalle	62
Erze, Schlacke	154	Elektromaschinen	61
Schwarzmetalle	140	Plastiken, Polymere	51
Ungarn			
Exporte		Importe	
Elektromaschinen	476	Elektromaschinen	301
Getreide	189	Transportmittel	231
Samen und Früchte von Ölsaaten	87	Mineralische Brennstoffe, Öl und Ölprodukte	199
Rückstände und Abfälle aus der Lebensmittelindustrie	75	Plastiken, Polymere	127
Holz und Holzprodukte	69	Atomreakorteknik	93
Slowakei			
Exporte		Importe	
Erze, Schlacke	503	Mineralische Brennstoffe, Öl und Ölprodukte	630
Fleisch- und Fleischprodukte	103	Transportmittel	366
Elektromaschinen	96	Schwarzmetalle	149
Mineralische Brennstoffe, Öl und Ölprodukte	70	Elektromaschinen	74
Getreide	59	Plastiken, Polymere	67
Moldau			
Exporte		Importe	
Schwarzmetalle	75	Alkoholische und nichtalkoholische Getränke	34
Holz und Holzprodukte	66	Mineralische Brennstoffe, Öl und Ölprodukte	23
Milch und Milchprodukte, Eier, Honig	52	Hülsenfrüchte, Nüsse	13
Plastiken, Polymere	43	Gerbstoffextrakte	12
Elektromaschinen	39	Gemüse	9
Belarus			
Exporte		Importe	
Schwarzmetalle	3	Glas und Glaserzeugnisse	14
		Transportmittel	1
		Atomreakorteknik	0,9
		Plastiken, Polymere	0,9
		Papier und Pappe	0,6
Zum Vergleich: Deutschland			
Exporte		Importe	
Samen und Ölsaatenfrüchte	455	Transportmittel	1.058
Elektromaschinen	297	Atomreakorteknik	693
Möbel	165	Mineralische Brennstoffe, Öl und Ölprodukte	505
Eisenerzeugnisse	164	Pharmazeutische Produkte	414
Getreide	144	Plastiken, Polymere	278

Quelle: Ukrainisches Statistikamt, Geografische Struktur des ukrainischen Außenhandels 2023, https://www.ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2024/zd/ztt/arh_ztt2023.html.

UMFRAGEN

Die Einstellung der ukrainischen Bevölkerung zu den Nachbarländern

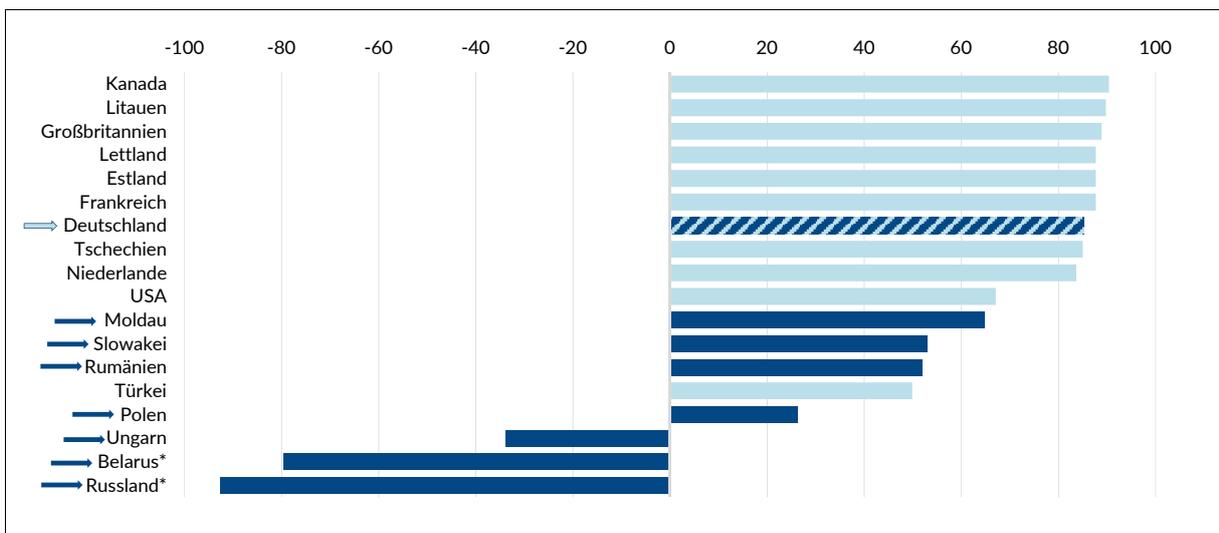
Grafik 1a: Wie positiv oder negativ ist Ihre Einstellung zu folgenden Ländern?
(Ausgewählte Staaten im Vergleich, April 2024, in %)



* Januar 2024

Quelle: Razumkov-Zentrum, Einstellungen gegenüber dem Ausland, 18.04.2024, <https://razumkov.org.ua/napriamky/sotsiologichni-doslidzhennia/otsinka-vplyvu-zovnishnopolitychnykh-chynnykiv-na-ukrainu-stavlennia-do-inozemnykh-derzhav-ta-okremykh-initsiatyv-ikh-lideriv-otsinkogramadianamy-ukrainy-legitymnosti-pravlinnia-putina-berezen-2024r>.

Grafik 1b: Wie positiv oder negativ ist Ihre Einstellung zu folgenden Ländern?
(Ausgewählte Staaten im Vergleich, April 2024, in % – Unterschied zwischen den Anteilen derjenigen, die eine positive und negative Einstellung haben)



* Januar 2024

Quelle: Razumkov-Zentrum, Einstellungen gegenüber dem Ausland, 18.04.2024, <https://razumkov.org.ua/napriamky/sotsiologichni-doslidzhennia/otsinka-vplyvu-zovnishnopolitychnykh-chynnykiv-na-ukrainu-stavlennia-do-inozemnykh-derzhav-ta-okremykh-initsiatyv-ikh-lideriv-otsinkogramadianamy-ukrainy-legitymnosti-pravlinnia-putina-berezen-2024r>.

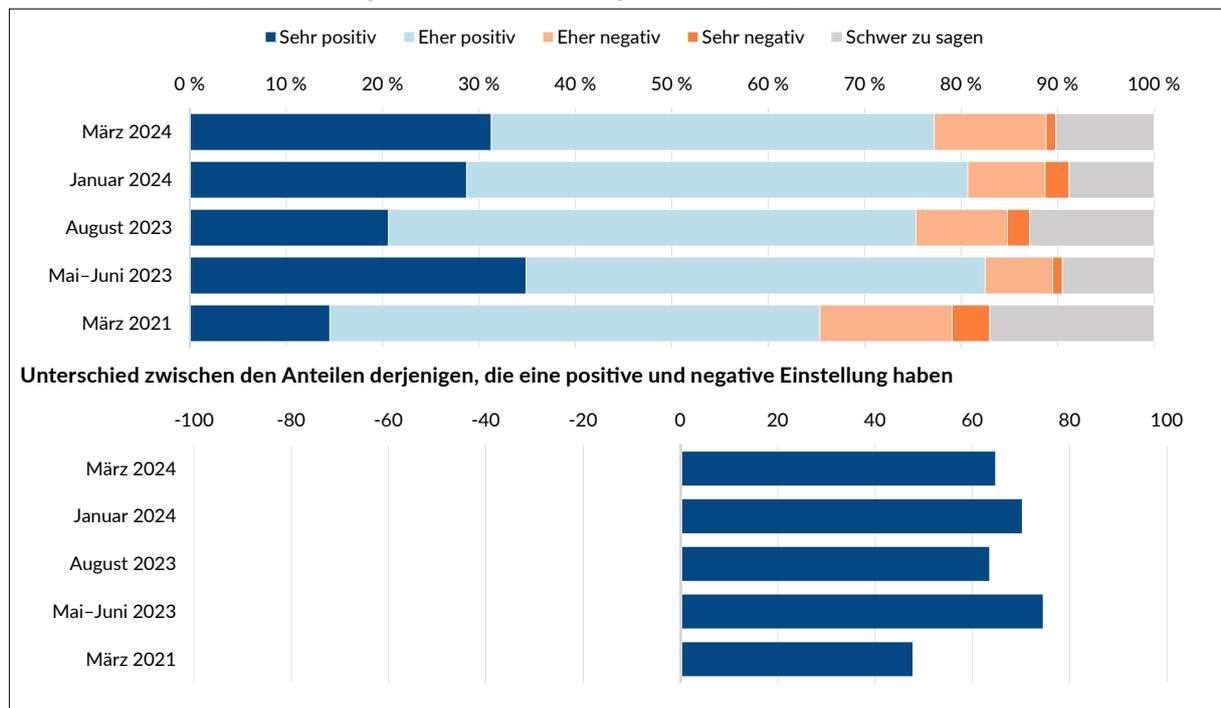
Tabelle 1: Wie positiv oder negativ ist Ihre Einstellung zu folgenden Ländern? (Ausgewählte Staaten im Vergleich, April 2024, in %)

	Sehr positiv	Eher positiv	Eher negativ	Sehr negativ	Schwer zu sagen	Unterschied zwischen den Anteilen derjenigen, die eine positive und negative Einstellung haben
Kanada	57,3	35,9	2,7	0,1	4	90,4
Litauen	57,4	35,7	2,7	0,6	3,7	89,8
Großbritannien	63	29,3	3,1	0,3	4,2	88,9
Lettland	57	34,9	3,5	0,7	3,9	87,7
Estland	55,3	36,1	2,9	0,8	4,9	87,7
Frankreich	46,8	44,8	3,2	0,7	4,5	87,7
Deutschland	44,7	45,6	4,3	0,8	4,6	85,2
Tschechien	44,6	44,5	3,6	0,5	6,8	85
Niederlande	46,3	41,2	3,3	0,5	8,8	83,7
USA	43,4	36,6	10	2,9	7	67,1
Moldau	31,3	46	11,6	1	10,2	64,7
Slowakei	23,4	46,6	13	4,1	12,8	52,9
Rumänien	25,4	44,6	15,8	2,2	12	52
Türkei	20,2	48,1	16,3	2,1	13,3	49,9
Polen	18,2	40,2	24,5	7,6	9,5	26,3
Ungarn	8,1	20,9	35,7	27,1	8,2	-33,8
Belarus*	1,4	6,5	21,8	65,6	4,6	-79,5
Russland*	0,8	1,9	8	87,3	2,1	-92,6

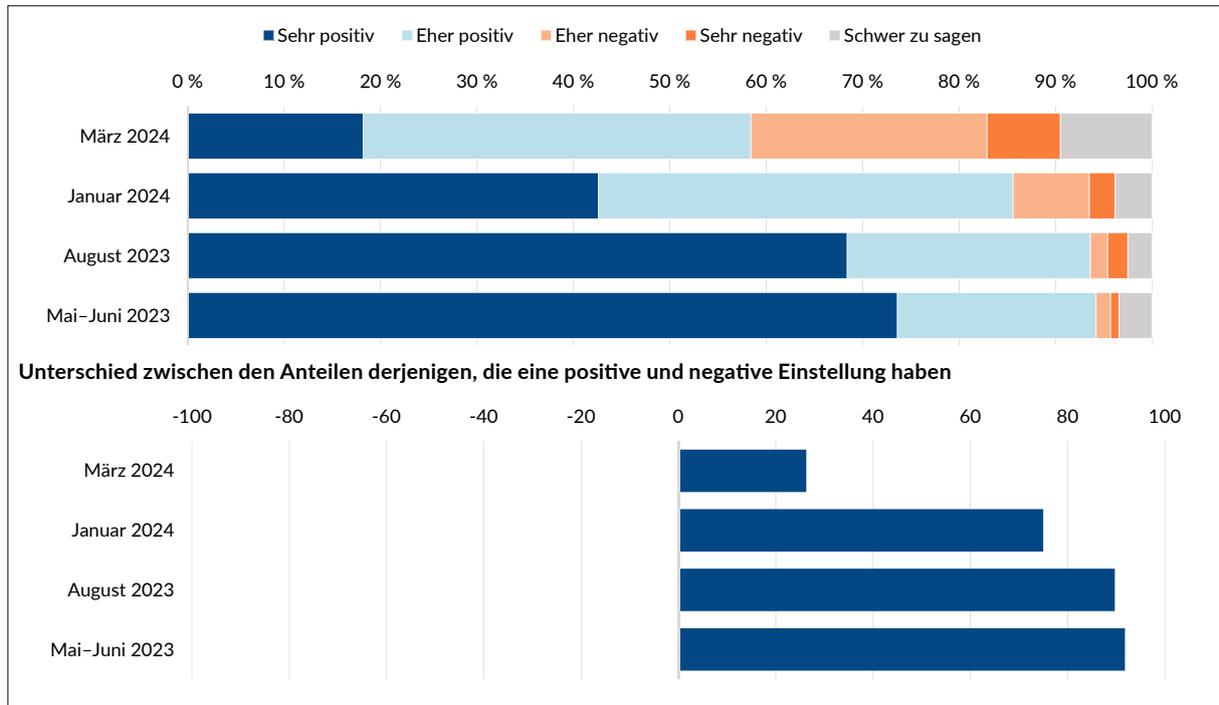
* Januar 2024

Quelle: Razumkov-Zentrum, Einstellungen gegenüber dem Ausland, 18.04.2024, <https://razumkov.org.ua/napriamky/sotsiologichni-doslidzhennia/otsinka-vplyvu-zovnishnopolitychnykh-chynnykiv-na-ukrainu-stavlennia-do-inozemnykh-derzhav-ta-okremykh-initsiatyv-ikh-lideriv-otsinka-gromadianamy-ukrainy-legitymnosti-pravlinnia-putina-berezen-2024r>.

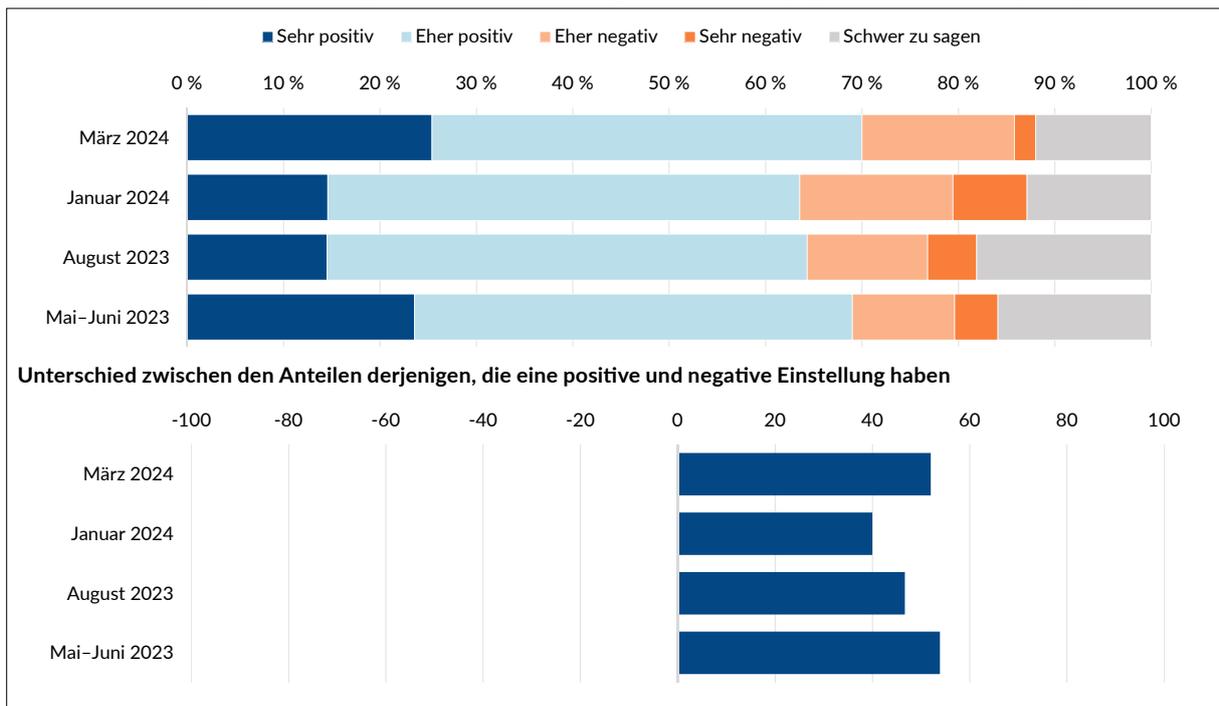
Grafik 2a: Wie positiv oder negativ ist Ihre Einstellung zu Moldau? (Dynamik 2021–2024, in %)



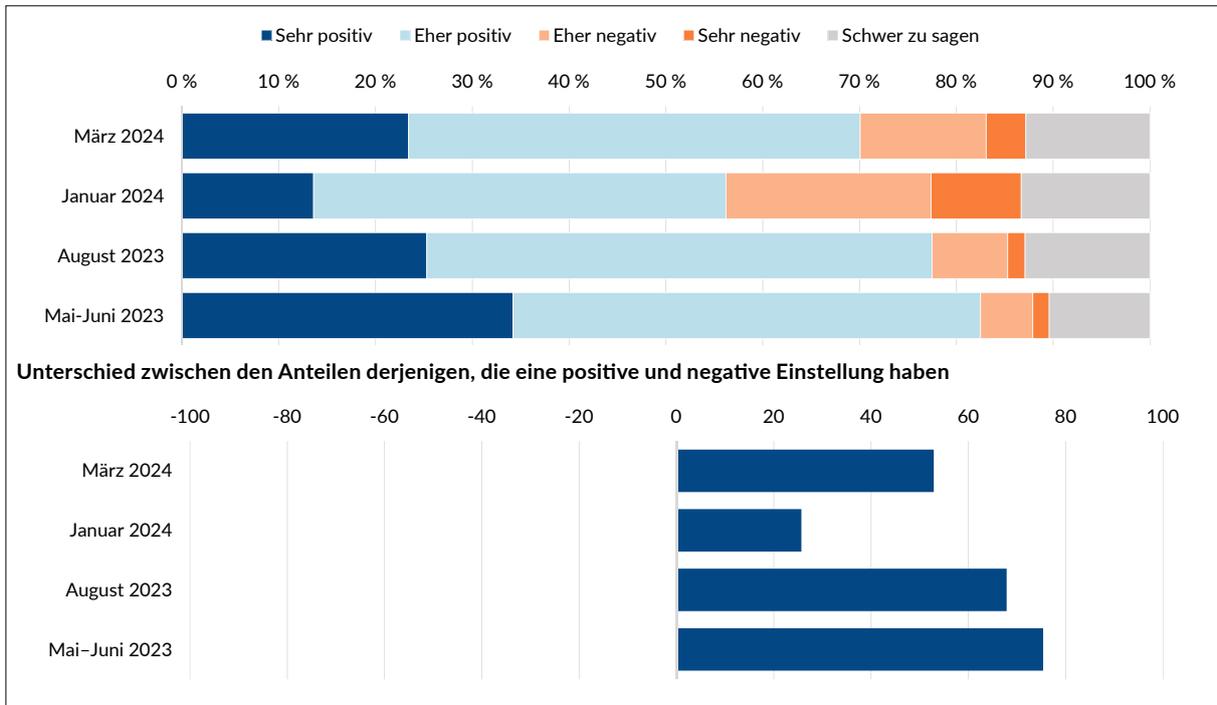
Quelle: Razumkov-Zentrum, Einstellungen gegenüber dem Ausland, 18.04.2024, <https://razumkov.org.ua/napriamky/sotsiologichni-doslidzhennia/otsinka-vplyvu-zovnishnopolitychnykh-chynnykiv-na-ukrainu-stavlennia-do-inozemnykh-derzhav-ta-okremykh-initsiatyv-ikh-lideriv-otsinka-gromadianamy-ukrainy-legitymnosti-pravlinnia-putina-berezen-2024r>.

Grafik 2b: Wie positiv oder negativ ist Ihre Einstellung zu Polen? (Dynamik 2021–2024, in %)

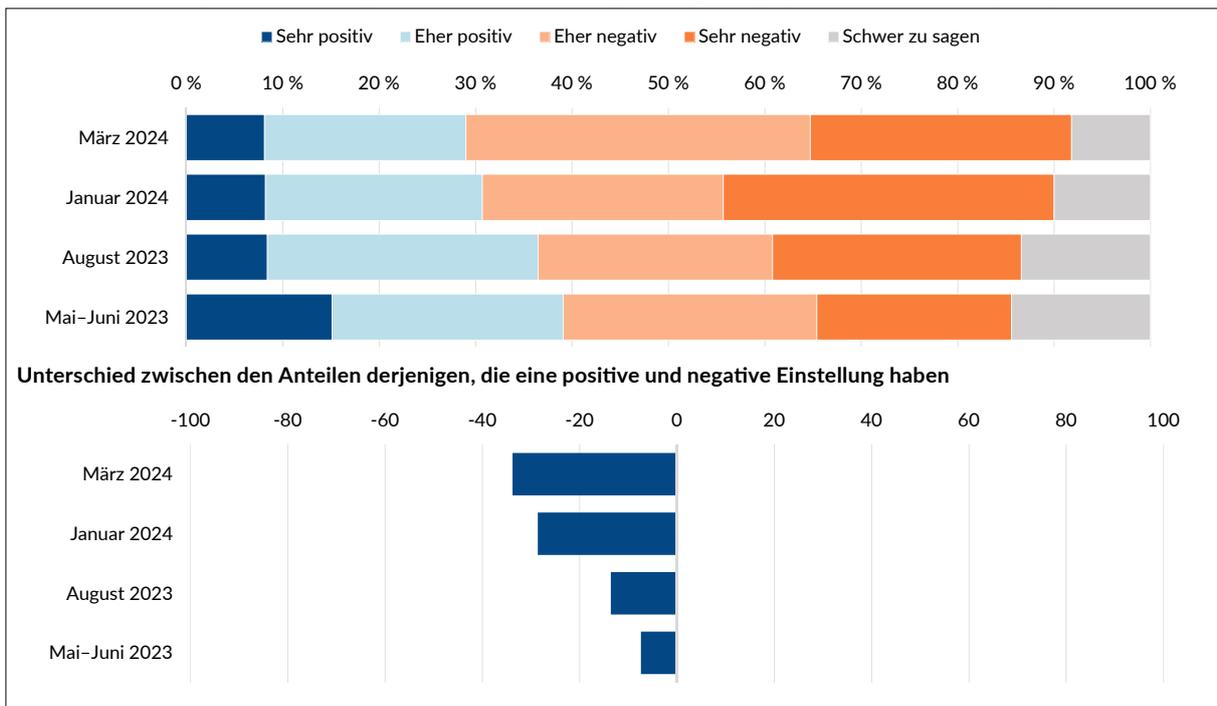
Quelle: Razumkov-Zentrum, *Einstellungen gegenüber dem Ausland*, 18.04.2024, <https://razumkov.org.ua/napriamky/sotsiologichni-doslidzhennia/otsinka-vplyvu-zovnishnopolitychnykh-chynnykiv-na-ukrainu-stavlennia-do-inozemnykh-derzhav-ta-okremykh-initsiatyv-ikh-lideriv-otsinkagromadianamy-ukrainy-legitymnosti-pravlinnia-putina-berezen-2024r>.

Grafik 2c: Wie positiv oder negativ ist Ihre Einstellung zu Rumänien? (Dynamik 2021–2024, in %)

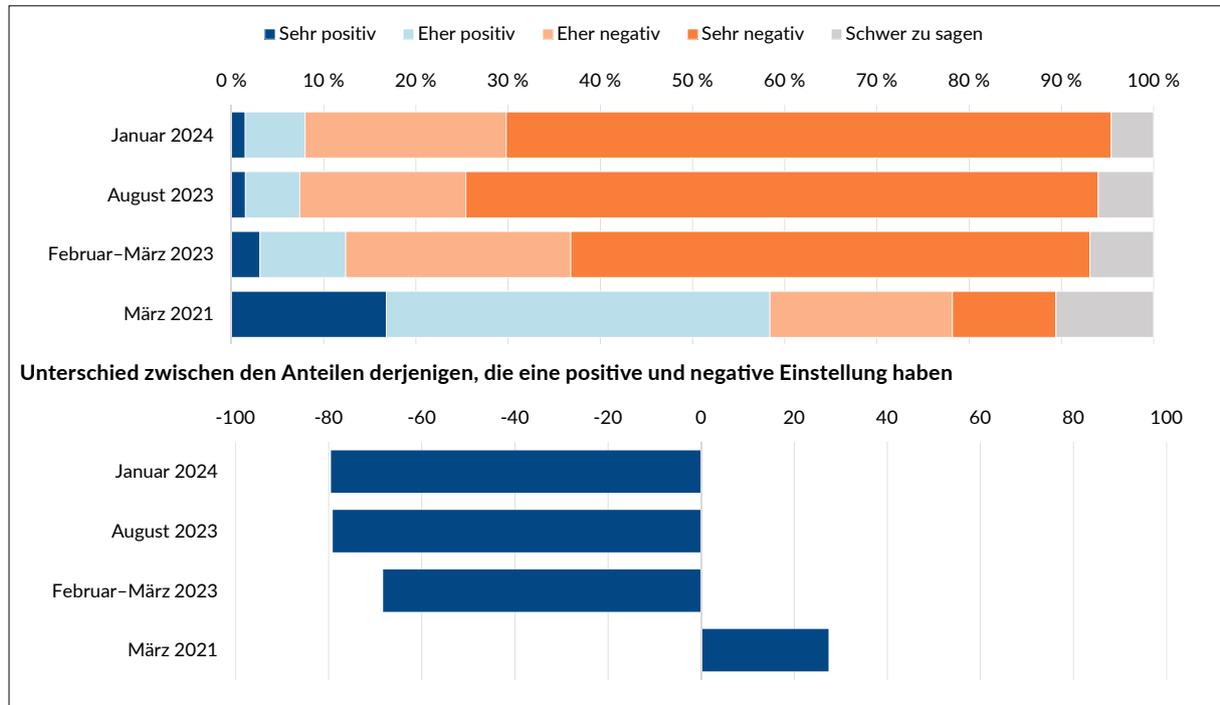
Quelle: Razumkov-Zentrum, *Einstellungen gegenüber dem Ausland*, 18.04.2024, <https://razumkov.org.ua/napriamky/sotsiologichni-doslidzhennia/otsinka-vplyvu-zovnishnopolitychnykh-chynnykiv-na-ukrainu-stavlennia-do-inozemnykh-derzhav-ta-okremykh-initsiatyv-ikh-lideriv-otsinkagromadianamy-ukrainy-legitymnosti-pravlinnia-putina-berezen-2024r>.

Grafik 2d: Wie positiv oder negativ ist Ihre Einstellung zur Slowakei? (Dynamik 2021–2024, in %)

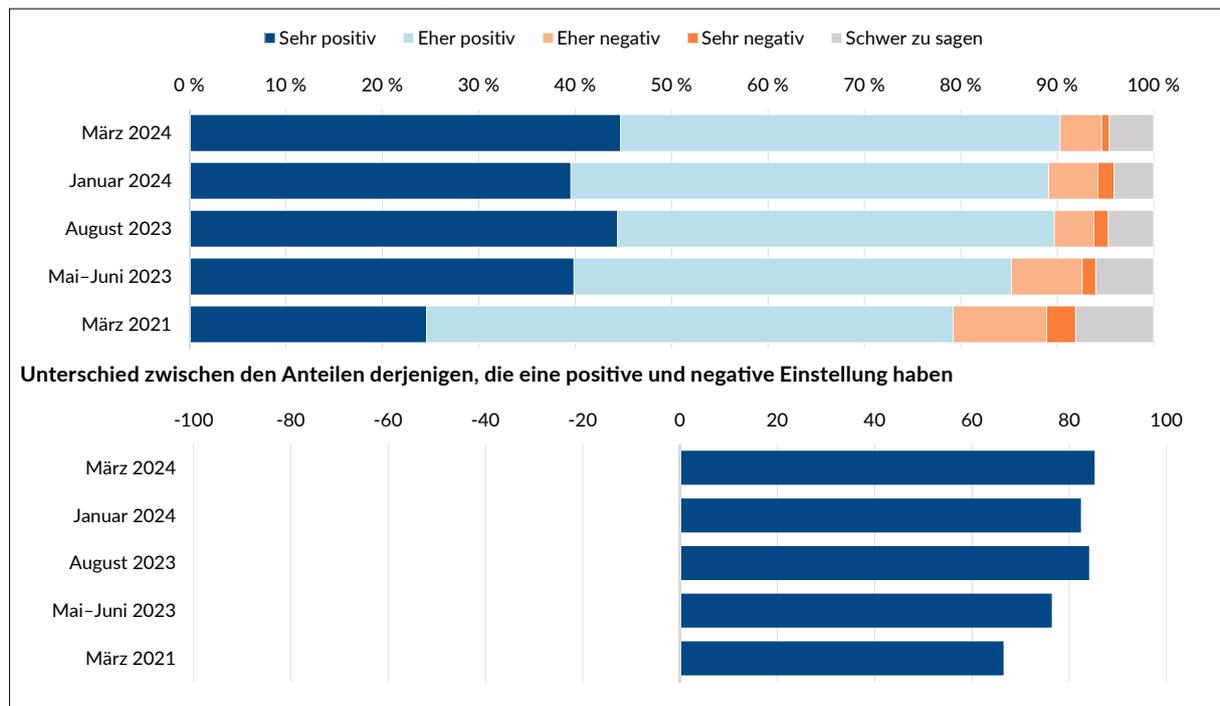
Quelle: Razumkov-Zentrum, *Einstellungen gegenüber dem Ausland*, 18.04.2024, <https://razumkov.org.ua/napriamky/sotsiologichni-doslidzhennia/otsinka-vplyvu-zovnishnopolitychnykh-chynnykiv-na-ukrainu-stavlennia-do-inozemnykh-derzhav-ta-okremykh-initsiatyv-ikh-lideriv-otsinkagromadianamy-ukrainy-legitymnosti-pravlinnia-putina-berezen-2024r>.

Grafik 2e: Wie positiv oder negativ ist Ihre Einstellung zu Ungarn? (Dynamik 2021–2024, in %)

Quelle: Razumkov-Zentrum, *Einstellungen gegenüber dem Ausland*, 18.04.2024, <https://razumkov.org.ua/napriamky/sotsiologichni-doslidzhennia/otsinka-vplyvu-zovnishnopolitychnykh-chynnykiv-na-ukrainu-stavlennia-do-inozemnykh-derzhav-ta-okremykh-initsiatyv-ikh-lideriv-otsinkagromadianamy-ukrainy-legitymnosti-pravlinnia-putina-berezen-2024r>.

Grafik 2f: Wie positiv oder negativ ist Ihre Einstellung zu Belarus? (Dynamik 2021–2024, in %)

Quelle: Razumkov-Zentrum, *Einstellungen gegenüber dem Ausland*, 18.04.2024, <https://razumkov.org.ua/napriamky/sotsiologichni-doslidzhennia/otsinka-vplyvu-zovnishnopolitychnykh-chynnykiv-na-ukrainu-stavlennia-do-inozemnykh-derzhav-ta-okremykh-initsiatyv-ikh-lideriv-otsinka-gromadianamy-ukrainy-legitymnosti-pravlinnia-putina-berezen-2024r>.

Grafik 2g: Wie positiv oder negativ ist Ihre Einstellung zu Deutschland (zum Vergleich)? (Dynamik 2021–2024, in %)

Quelle: Razumkov-Zentrum, *Einstellungen gegenüber dem Ausland*, 18.04.2024, <https://razumkov.org.ua/napriamky/sotsiologichni-doslidzhennia/otsinka-vplyvu-zovnishnopolitychnykh-chynnykiv-na-ukrainu-stavlennia-do-inozemnykh-derzhav-ta-okremykh-initsiatyv-ikh-lideriv-otsinka-gromadianamy-ukrainy-legitymnosti-pravlinnia-putina-berezen-2024r>.

**Tabelle 2: Wie positiv oder negativ ist Ihre Einstellung zu folgenden Ländern?
(Dynamik nach Land 2021–2024, in %)**

	Sehr positiv	Eher positiv	Eher negativ	Sehr negativ	Schwer zu sagen	Unterschied zwischen den Anteilen derjenigen, die eine positive und negative Einstellung haben
Moldau						
März 2024	31,3	46	11,6	1	10,2	64,7
Januar 2024	28,7	52	8	2,5	8,8	70,2
August 2023	20,6	54,7	9,5	2,3	12,9	63,5
Mai–Juni 2023	34,9	47,6	7	1	9,5	74,5
März 2021	14,5	50,8	13,7	3,9	17	47,7
Polen						
März 2024	18,2	40,2	24,5	7,6	9,5	26,3
Januar 2024	42,6	43	7,9	2,7	3,8	75
August 2023	68,4	25,2	1,8	2,1	2,5	89,7
Mai–Juni 2023	73,6	20,6	1,5	0,9	3,4	91,8
Rumänien						
März 2024	25,4	44,6	15,8	2,2	12	52
Januar 2024	14,6	49	15,9	7,7	12,9	40
August 2023	14,5	49,8	12,5	5,1	18,1	46,7
Mai–Juni 2023	23,6	45,4	10,6	4,5	15,9	53,9
Slowakei						
März 2024	23,4	46,6	13	4,1	12,8	52,9
Januar 2024	13,6	42,6	21,2	9,3	13,3	25,7
August 2023	25,3	52,2	7,8	1,8	12,9	67,9
Mai–Juni 2023	34,2	48,3	5,4	1,7	10,4	75,4
Ungarn						
März 2024	8,1	20,9	35,7	27,1	8,2	–33,8
Januar 2024	8,2	22,5	25	34,3	10	–28,6
August 2023	8,4	28,1	24,3	25,8	13,4	–13,6
Mai–Juni 2023	15,1	24	26,3	20,2	14,4	–7,4
Belarus						
Januar 2024	1,5	6,5	21,8	65,6	4,6	–79,5
August 2023	1,5	5,9	18	68,6	6	–79,1
Februar–März 2023	3,1	9,3	24,4	56,3	6,9	–68,3
März 2021	16,8	41,6	19,8	11,2	10,6	27,4
Zum Vergleich: Deutschland						
März 2024	44,7	45,6	4,3	0,8	4,6	85,2
Januar 2024	39,6	49,6	5,1	1,7	4,1	82,4
August 2023	44,4	45,3	4,1	1,5	4,7	84,1
Mai–Juni 2023	39,8	45,3	7,3	1,4	6	76,4
März 2021	24,6	54,6	9,7	3	8,1	66,5

Quelle: Razumkov-Zentrum, *Einstellungen gegenüber dem Ausland*, 18.04.2024, <https://razumkov.org.ua/napriamky/sotsiologichni-doslidzhennia/otsinka-vplyvu-zovnishnopolitychnykh-chynnykiv-na-ukrainu-stavlennia-do-inozemnykh-derzhav-ta-okremykh-initsiatyv-ikh-lideriv-otsinka-gromadianamy-ukrainy-legitymnosti-pravlinnia-putina-berezen-2024r>.

CHRONIK

01. – 18. Juni 2024

01.06.2024	Nach Angaben des ukrainischen Verteidigungsministeriums hat die Ukraine im Mai 1.160 russische Artilleriesysteme zerstört. Dies sei ein Rekord seit Beginn der großangelegten Invasion, teilt das ukrainische Verteidigungsministerium mit.
01.06.2024	Der Gouverneur der Region Saporischschja, Iwan Fjodorow, erklärt, dass sich das größte Wasserkraftwerk der Ukraine DniproHES am Saporischschja-Stausee nach dem zweiten Angriff der russischen Streitkräfte auf das Kraftwerk in der Nacht zum 1. Juni in einem kritischen Zustand befinde. Zum ersten Mal griff Russland das Kraftwerk am 12. April an. Seit Monaten zerstört Russland gezielt die Energieinfrastruktur der Ukraine.
02.06.2024	Dem ukrainischen Verteidigungsministerium zufolge sollen rund 1,5 Millionen Männer im wehrfähigen Alter ihre militärischen Dokumente in Übereinstimmung mit dem Ende Mai verabschiedeten neuen Mobilisierungsgesetz erfolgreich aktualisiert haben.
03.06.2024	107 Länder und Organisationen haben nach Angaben des ukrainischen Präsidialamtes ihre Teilnahme am Ukraine-Friedensgipfel in der Schweiz bestätigt. Auch die Philippinen und Singapur, die der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj im Vorfeld des Friedensgipfels besuchte, werden am 14. und 15. Juni an der Konferenz teilnehmen. Russland und China sind nicht dabei.
03.06.2024	Der Stadtrat von Kyjiw verweigert die Genehmigung für den KyivPride in der U-Bahn aufgrund von Sicherheitsbedenken. Stattdessen werde die Parade, die sich für die Rechte der LGBT+ Community einsetzt, im Freien stattfinden. Seit Beginn der russischen Großinvasion im Februar 2022 hat es keine KyivPride mehr gegeben, die sich in den Jahren zuvor zu einer der größten Prides in Osteuropa entwickelt hatte.
04.06.2024	Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz äußert sich zur Aufhebung der Beschränkungen für die Ukraine, kein russisches Territorium mit westlichen Waffen anzugreifen. Scholz hatte in der Vergangenheit wiederholt die Angst vor einer Eskalation als einen der Hauptgründe genannt, weshalb die Ukraine nicht mit deutschen Waffen Ziele in Russland angreifen dürfe. Nun sieht er keine Gefahr mehr und sagt, es müsse jedem klar sein, dass der Beschuss russischen Territoriums im Rahmen der Selbstverteidigung notwendig sei. Völkerrechtlich sei dies ohnehin immer möglich gewesen.
04.06.2024	Laut einer Umfrage des Kyjiwer Internationalen Instituts für Soziologie (KIIS) sind 43 % der Ukrainer:innen der Meinung, dass sich der Zustand der Demokratie während der fünfjährigen Amtszeit von Präsident Wolodymyr Selenskyj verschlechtert hat, wobei 11 % dies mit den Umständen des Krieges in Verbindung bringen und 28 % die Behörden dafür verantwortlich machen. Demgegenüber sehen 19 % eine Verbesserung der Demokratie und 29 % sehen keine Veränderung.
05.06.2024	Der ukrainische Militärgeschichtsdienst (HUR) soll hinter einem groß angelegten DDoS-Angriff stecken, der die Arbeit mehrerer russischer Ministerien und Unternehmen »lahmlegte«, berichtet der Kyiv Independent. Zuvor berichtete die staatliche russische Behörde für Kommunikation Roskomnadzor am 3. Juni, dass mehrere Regierungswebseiten »teilweise unzugänglich« waren, angeblich aufgrund des Ausfalls von »Teilen des Hauptkommunikationsnetzwerks«.
05.06.2024	Russland hat die Fährverbindung von der Krim auf das russische Festland nach dem jüngsten Angriff der Ukraine noch nicht wiederhergestellt. Das ukrainische Militär hatte in der Nacht zum 30. Mai die Fährverbindung mit von den USA gelieferten ATACMS-Langstreckenraketen beschossen, wobei zwei russische Fähren nach Angaben des ukrainischen Generalstabs »schwer beschädigt« worden sein sollen.
06.06.2024	Anlässlich des ersten Jahrestags der von Russland begangenen Sprengung des Kachowka-Staudamms geht das ukrainische Energieunternehmen Ukrenergo davon aus, dass das Kraftwerk Kachowka in sechs bis sieben Jahren wiederaufgebaut werden kann. Am 6. Juni 2023, sprengten russische Truppen das Wasserkraftwerk und den angrenzenden Staudamm Kachowka und lösten damit eine humanitäre und ökologische Katastrophe in der Südukraine aus.
07.06.2024	Laut einer Umfrage des Kyjiwer Internationalen Instituts für Soziologie (KIIS) von Ende Mai nimmt das Vertrauen der Ukrainer:innen in Präsident Wolodymyr Selenskyj langsam ab, ist aber immer noch auf einem hohen Niveau. Laut der jüngsten Umfrage vertrauen 59 % der Befragten Selenskyj, während ihm 36 % kein Vertrauen mehr aussprechen.
07.06.2024	Bei einem Raketenangriff auf das seit 2014 von Russland besetzte Luhansk wird ein Öldepot im südlichen Teil der Stadt getroffen und ein Feuer bricht aus, berichtet die ukrainische Partisan:innengruppe Atesch.
07.06.2024	Der ukrainische Sicherheitsdienst (SBU) beschuldigt den russischen Generaloberst Oleg Makarewitsch der Zerstörung des Kachowka-Staudamms vor einem Jahr. Der ehemalige Kommandeur der Truppengruppierung »Dnepr« soll die Zerstörung des Staudamms angeordnet haben.

08.06.2024	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj sagt, dass Russland seine Offensivoperation in der Oblast Charkiw nicht gelungen sei. Vor knapp einem Monat eröffnete Russland eine neue Front in den Grenzgebieten der Oblast Charkiw und konnte kleinere Geländegewinne erzielen. Die ukrainische Armee konnte den Vormarsch auf die Stadt Charkiw jedoch stoppen. Besonders schwere Kämpfe tobten um die Kleinstadt Wovtschansk, die bereits 2022 für mehrere Monate von russischen Truppen besetzt wurde und nun durch intensive russische Bombenangriffe weitgehend in Trümmer gelegt wurde.
09.06.2024	Die Ukraine trifft nach Angaben des ukrainischen Militärgeheimdienstes (HUR) erstmals ein russisches Kampfflugzeug vom Typ Su-57, den modernsten russischen Kampffjet. Das Flugzeug wurde durch einen ukrainischen Angriff auf den Flugplatz Achtubinsk im südrussischen Gebiet Astrachan, knapp 600 Kilometer von der Frontlinie, beschädigt.
09.06.2024	US-Präsident Joe Biden soll sich laut Radio Free Europe/Radio Liberty (RFE/RL) mit seinem französischen Kollegen Emmanuel Macron über die Verwendung der Gewinne aus eingefrorenen russischen Vermögen zur Unterstützung der Ukraine geeinigt haben. Die G7 und die Europäische Union suchen nach Möglichkeiten, die Gewinne aus den eingefrorenen russischen Vermögenswerten im Westen zu nutzen, um der Ukraine ein umfangreiches Darlehen zu gewähren und ihre finanzielle Stabilität bis 2025 zu sichern.
10.06.2024	Laut einem Bericht der Kyiv School of Economics (KSE) beträgt der Schaden durch die russischen Angriffe auf den ukrainischen Energiesektor mehr als 56 Milliarden US-Dollar. Zahlreiche Wärme- und Wasserkraftwerke wurden in den vergangenen Monaten von Russland zerstört und haben zu einem Energiedefizit und planmäßigen Stromabschaltungen geführt.
10.06.2024	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj trifft anlässlich der zweitägigen Ukraine Recovery Conference 2024 (URC) in Berlin ein. Die URC bringt mehr als 2.000 Regierungsvertreter:innen, Unternehmen und Organisationen zusammen, um den Wiederaufbau der Ukraine zu erörtern. Ein Schwerpunkt liegt laut Selenskyj auf der Energieinfrastruktur, die angesichts der russischen Luftangriffe oberste Priorität haben. Selenskyj fordert die Partner:innen Kyjivs dazu auf, alle notwendigen Waffen bereitzustellen, um Russland aus der Ukraine zu vertreiben. Bei einem Treffen mit Bundeskanzler Olaf Scholz stehen die militärische Unterstützung der Ukraine, der Ausbau der Luftverteidigungskapazitäten und die gemeinsame Rüstungsproduktion auf der Agenda. Auf der anschließenden Pressekonferenz dankt Selenskyj Berlin für die große Unterstützung. Selenskyj trifft auch auf Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Bundestagspräsidentin Bärbel Bas.
11.06.2024	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hält seine erste persönliche Ansprache im Deutschen Bundestag. In seiner Rede drückt er die Dankbarkeit der Ukraine für die deutsche Unterstützung aus. Deutschland ist nach den USA der zweitgrößte Unterstützer der Ukraine und der größte Unterstützer in Europa. Die Abgeordneten des Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) sowie fast alle Abgeordneten der Partei Alternative für Deutschland (AfD), die beide als russlandfreundlich gelten, sind abwesend.
12.06.2024	Die Ukraine hat nach Angaben des ukrainischen Generalstabs russische Radaranlagen der Luftverteidigungssysteme S-300 und S-400 auf der von Russland besetzten Krim zerstört.
12.06.2024	Bei einem nächtlichen russischen Raketenangriff auf die zentralukrainische Stadt Krywyj Rih werden mindestens neun Menschen getötet und 29, darunter fünf Kinder, verletzt, teilt die ukrainische Generalstaatsanwaltschaft mit.
13.06.2024	Präsident Wolodymyr Selenskyj und der japanische Premierminister Fumio Kishida unterzeichnen am Rande des G7-Gipfels in Italien ein bilaterales Sicherheitsabkommen. Im Rahmen des Abkommens wird Japan der Ukraine im laufenden Jahr 4,5 Milliarden US-Dollar zur Verfügung stellen und die Ukraine auch in den nächsten zehn Jahren unterstützen, so Selenskyj.
13.06.2024	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj und US-Präsident Joe Biden unterzeichnen am Rande des G7-Gipfels in Italien ein bilaterales Sicherheitsabkommen zwischen der Ukraine und den USA. Es ist das 16. Abkommen dieser Art, das die Ukraine in den vergangenen Monate abschließt. Es enthält Bestimmungen zu militärischer Unterstützung, Wiederaufbau, Reformen und anderen Punkten und ist angelegt auf zehn Jahre. Eine konkrete Summe, wie hoch die Unterstützung sein wird, ist allerdings nicht enthalten. Präsident Selenskyj bezeichnet die Vereinbarung als »beispiellos«.
13.06.2024	Auf dem G7-Gipfel in Italien vereinbaren die führenden demokratischen Industriestaaten der Welt einen 50 Milliarden US-Dollar Kredit für die Ukraine. Das Darlehen soll mit den Zinsen aus den eingefrorenen russischen Vermögenswerten im Westen in Höhe von etwa 300 Milliarden US-Dollar zurückgezahlt werden.
14.06.2024	Kurz vor dem von der Ukraine initiierten Friedensgipfel in der Schweiz nennt der russische Machthaber Wladimir Putin Bedingungen für einen Waffenstillstand. Putin fordert den vollständigen Rückzug Kyjivs aus den von Russland völkerrechtswidrig besetzten ukrainischen Regionen Donezk, Luhansk, Cherson und Saporischschja sowie den Verzicht der Ukraine auf einen NATO-Beitritt. Die Ukraine lehnt die Bedingungen strikt ab.

14.06.2024	Wie die belgische Ratspräsidentschaft in Brüssel mitteilt, haben sich die Botschafter:innen der EU-Staaten darauf geeinigt, die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine und Moldau offiziell am 25. Juni zu beginnen.
15.06.2024	Der von der Ukraine initiierte erste globale Friedensgipfel wird in der Schweiz vom ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj und der Schweizer Bundespräsidentin Viola Amherd eröffnet. Vertreter:innen aus etwa 100 Ländern und Organisationen treffen sich, um über einen Friedensfahrplan für die Ukraine zu diskutieren. Russland ist nicht eingeladen. Selenskyj betont, dass alle Teile der Welt auf dem Gipfel vertreten seien und dass die Ansichten und Ideen jeder Nation gleichermaßen wichtig seien. Die Ukraine hofft, einen international gestützten Friedensplan auf der Grundlage von Selenskyjs 10-Punkte-Friedensformel zu erarbeiten.
16.06.2024	78 Länder, darunter die Ukraine, sowie vier europäische Institutionen unterzeichnen das Abschlusskommuniqué des zweitägigen Friedensgipfels in der Schweiz. Einige Teilnehmerstaaten wie Indien, Armenien, Saudi-Arabien, Indonesien, Südafrika und weitere unterzeichnen das Abkommen nicht. Im Dokument wird Russlands Vorgehen verurteilt: »Der anhaltende Krieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine verursacht weiterhin großes menschliches Leid und Zerstörung und schafft Risiken und Krisen mit globalen Auswirkungen für die Welt«. Die Ukraine zeigt sich mit dem Ergebnis zufrieden, da die Positionen der Ukraine laut Außenminister Dmytro Kuleba im Abschlusskommuniqué berücksichtigt wurden.
17.06.2024	Der CEO des Energieversorgers Yasno (DTEK) Serhij Kowalenko sagt, dass die Ukrainer:innen im kommenden Winter nur 6–7 Stunden pro Tag Strom haben werden, wenn das Stromdefizit nicht behoben werde.
17.06.2024	Die Ukraine verliert das Auftaktmatch in der Gruppenphase der in Deutschland stattfindenden Europameisterschaft 0:3 gegen Rumänien.
17.06.2024	Laut einer neuen Umfrage des Kyjiwer Internationalen Instituts für Soziologie (KIIS) sind rund 70 % der Ukrainer:innen der Meinung, dass Wolodymyr Selenskyj bis zum Ende des Kriegsrechts Präsident bleiben solle. Dies bedeute, dass die Mehrheit der Ukrainer:innen die Legitimität des Präsidenten nicht in Frage stellen, so das KIIS.
17.06.2024	Nach Angaben des ukrainischen Militärs wurden in den letzten zwei Monaten 15 russische Luftabwehrsysteme auf der besetzten Krim getroffen. Darunter sind mehrere S-300, S-350 und S-400 Luftabwehrsysteme, mehr als 15 Radarstationen und über 10 Kontrollzentren.
18.06.2024	Die russische Besetzung des Kernkraftwerks Saporischschja hat die Ukraine mehr als 5 Mrd. US-Dollar gekostet, berichtet die ukrainische Atomenergiebehörde Enerhoatom.
18.06.2024	Laut einer Umfrage des Kyjiwer Internationalen Instituts für Soziologie (KIIS) sind mehr als 70 % der Ukrainer:innen der Meinung, dass LGBTQ-Personen die gleichen Rechte haben sollten wie andere Bürger:innen. Dies ist ein Anstieg von 3 % im Vergleich zum Vorjahr. In den letzten Jahren ist die Unterstützung für LGBTQ-Rechte in der Ukraine stark angestiegen: 2010 ergab eine Umfrage des European Social Survey, dass nur 28 % der Ukrainer:innen der Meinung sind, LGBTQ sollten die Freiheit haben, ihr Leben so zu leben, wie sie wollen.
18.06.2024	Präsident Wolodymyr Selenskyj berichtet von erfolgreichen ukrainischen Angriffen auf russisches Territorium mit westlichen Waffen: »Es funktioniert. Genau wie wir erwartet haben«. Ende Mai erlaubten die USA und andere Staaten der Ukraine den Einsatz von westlichen Waffen wie HIMARS- und GMLRS-Raketen auf russisches Territorium, das an die Oblaste Charkiw und Sumy grenzt, von wo aus die Ukraine immer wieder beschossen wurde. »Wir sehen, wie das Engagement der Welt neue Perspektiven für die Wiederherstellung unserer Sicherheit eröffnet«, so Selenskyj.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Lars Fernkorn

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Eduard Klein (verantwortlich)
Chronik: Lars Fernkorn
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.
ISSN 1862-555X © 2024 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>